

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Verdi will die Lohnschere schliessen

- **Gefährliche Fehler in der Ukraine-Politik von EU und BRD – S. 2**
- **Kommunalwahl in der Türkei: Spannender Ausgang erwartet– S. 6**
- **Ford Fiesta weiter in Köln? – S. 12**
- **IG Metall zum Freihandelsabkommen EU–USA – S. 18**
- **Kommunalwahlen in Bayern: Parteien müssen sich auf Kooperation mit Wählergruppen einstellen – S. 20**

Ausgabe Nr. 3 am 20. März 2014, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Gefährliche Fehler in der Ukraine-Politik von EU und BRD

Die Außenpolitik der großen Koalition hat ihren Teil zur Destabilisierung der Ukraine beigetragen, aber die Ursachen liegen in den inneren Verhältnissen des Landes. Die Entwicklung weg von der staatlich-planwirtschaftlichen geordneten Gesellschaft hin zu einer Kombination von staatlichem und privatem Sektor ist schwierig. Die riesigen privaten Vermögen, die auf diesem Weg gemacht werden, ergeben sich nicht zuletzt aus dem Ausnutzen politischer Beziehungen. Das Bewertungssystem nach wirtschaftlichem Erfolg, das in tradierten kapitalistischen Marktwirtschaften für Akzeptanz der Bereicherung sorgt, braucht Zeit und Beispiele mit wirtschaftlichen Mitteln erzielten Erfolges. So lange die Grenzen zwischen Macht und Geld nicht etabliert sind, existiert auf allen Ebenen der Gesellschaft der Versuch, Machtpositionen auszunutzen, um ans Geld zu kommen. Die Korruption wird allgegenwärtig. Wo sich Macht unmittelbar in Geld umsetzen lässt, werden umgekehrt auch Macht und Recht käuflich sein. Es wächst eine Sehnsucht nach legaler Ordnung. Es entstehen Demokratiebewegungen zur Erneuerung von Recht und Staatswesen, andere indessen erhoffen sich Ordnung von einer diktatorisch starken Regierung. Es kommt vor, dass sich Demokratiebewegung und Freischärler auf dem Weg zur Diktatur im Kampf gegen den Status quo verbinden. Dazu ist es in der Ukraine gekommen. Kristallisationskeim dieser Verbindung war und bleibt das Assoziierungsangebot der EU, dessen wesentlicher Inhalt den Weg in die Öffentlichkeit bislang nicht gefunden hat. Aus der Politik der ukrainischen Regierung lässt sich schließen, dass dieses Abkommen eine einseitige Ausrichtung des Landes auf die Märkte des westlichen Europas bewirkt. Wenn das zutrifft, kann sich die Ukraine nicht stabilisieren, denn wichtige Industriezweige finden ihren Absatz in Russland und seinen Nachbarländern. So hat die Politik der EU, nach allgemeinem Urteil in dieser Frage maßgeblich bestimmt durch die Regierung Merkel / Steinmeier, die Gesellschaft der Ukraine vor eine Entweder/Oder-Entscheidung gestellt, über die im Land ein inneres Einvernehmen nicht möglich ist. Das ist ein schwerer politischer Fehler, der schwer zu korrigieren ist. Denn im Vertrauen auf dieses unseriöse, uneinlösbare Angebot wurde demonstriert, wurde Blut vergossen, eine Regierung gestürzt, ergriff die Bevölkerung der Krim die Gelegenheit, sich aus dem Staatsverband der Ukraine zu entfernen. Eine Diskussion über dieses Angebot, dessen tödliche Folgen unübersehbar sind, ist trotzdem unvermeidlich, Frieden und Entwicklung kann die Ukraine nur finden, wenn sie in internationale Beziehungen lebt, die ihrer Lage zwischen dem europäischen und dem eurasischen Wirtschaftsraum gerecht wird.

Alfred Küstler, Martin Fochler

17.3.2014, Gabi Zimmer, Vorsitzende der Linksfraktion GUE/NGL im Europaparlament

Im Kalten Krieg verlieren wir alle

Am Wochenende haben die Einwohner und Einwohnerinnen auf der Halbinsel Krim darüber abgestimmt, dass sie künftig zu Russland gehören wollen. Das Abstimmungsergebnis ist so eindeutig, wie es problematisch ist. Klar ist, viele Menschen auf der Krim empfinden angesichts der Umwälzungen in der Ukraine Angst. Sie befürchten, dass sie, die in der Vergangenheit immer Spielball der Mächtigen waren, in diesen Auseinandersetzungen zerrieben werden. Vor über einem halben Jahrhundert wurden sie an die Ukraine verschenkt. Als es um die Unabhängigkeit der Ukraine ging, war Leonid Krawtschuk bereit, wenn Moskau darauf besteht, die Krim an Russland zurückzugeben. Doch Jelzin hatte anderes im Kopf. Zu keinem Zeitpunkt spielten die Interessen der Bevölkerung eine Rolle.

Nun – da in Kiew dramatische Szenen

abliefen, Gewalt tagtäglich zu sehen war, eine scheinbar fest gefügte Ordnung sich auflöste – traten uralte Ängste wieder zu Tage. Die Angst, als Russe nicht als gleichberechtigter Bürger zu gelten (wie in Lettland), das Entsetzen über die Huldigungen des ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera, das Wissen um die Regierungsbeteiligung der faschistischen Swoboda, die Befürchtung, die eigene Muttersprache nicht mehr offiziell gebrauchen zu können, die Angst um die Sicherheit der Familie und die Angst vor der Zukunft. Es brauchte keine großen Versprechungen des großen Bruders, um dieses Referendum zu einer Abstimmung über die Abspaltung der Krim von der Ukraine zu machen.

Entsprechen das Referendum und die sich mit hoher Wahrscheinlichkeit vollziehende Eingliederung nach Russland internationalem Recht? Nein. Die Krim ist – oder muss man schon sagen: war? – integraler Bestandteil der Ukraine. Nur ein Referendum aller Ukrainerinnen und Ukrainer hätte darüber befinden können, ob ein Teil

des Hoheitsgebietes an einen anderen Staat übergeht. Es ist eben nicht mit der Abstimmung beispielsweise der Albaner von 1990 zu vergleichen, als sie sich für Thüringen und gegen Sachsen entschieden.

Putin hat die Muskeln spielen lassen und seine auf der Halbinsel stationierte Schwarzmeerflotte als Drohpotential eingesetzt. Er hat deutlich gemacht, dass er längst das kann, was andere bereits getan haben. Internationales Recht? Dann war der Kosovo der Sündenfall. Warum haben Länder wie Spanien oder auch die Vereinten Nationen den Kosovo bis heute nicht offiziell anerkannt? Weil die Abspaltung gegen das Völkerrecht verstößt und weil sie Angst vor dem Nachahmungseffekt haben. Auch die EU windet sich, weil sie um die Problematik des Baskenlands, Schottlands, Venetos und Padanias weiß. Und diese Regionen liegen inmitten der EU.

Trotzdem haben sich Länder wie Deutschland rasend schnell entschieden, die Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen. Was hat es nun mit dem vielzitierten Budapester Memorandum über Sicherheitszusagen gegenüber der Ukraine, Kasachstan und Aserbaidschan vom Dezember 1994 auf sich? Russland, die USA, Großbritannien sicherten unter anderem der Ukraine die territoriale Integrität zu. Im Gegenzug wurden alle Atomraketen von ukrainischem Territorium abgezogen. Wenn man amerikanischen Quellen glauben darf, wurde in der finalen englischen Fassung bewusst die Unterscheidung zwischen den Begriffen „Garantien“ und „Zusagen“ vorgenommen, um eine rechtlich weniger bindende Verpflichtung einzugehen. Aus dem Grund wurde dieses Memorandum auch von keiner Seite ratifiziert.

Und wie sieht es andererseits mit der Nato selbst aus? Gültige Nato-Doktrin ist, dass kein Staat Mitglied der Nato werden kann, dessen Territorium teilweise als okkupiert betrachtet wird. Damit dürfte der Ruf der jetzigen ukrainischen Regierung nach Nato-Beistand von Anfang an das gewesen sein, als was es jetzt erscheint: ein wütender und zugleich hilfloser Ruf in der Wüste. In diesen Tagen machten weitere Gerüchte die Runde. Gibt es einen Deal zwischen den USA und Russland? Die Krim den Russen, dafür bleibt der Osten der Ukraine unberührt? Haben Russen und Amerikaner sich darüber verständigt, dass es eine Verfassungsreform in der Ukraine geben soll? Geht es noch? Regten sich nicht eben noch alle auf, dass die Souveränität der Ukraine verletzt wird?

Wie wird es jetzt aber weiter gehen? Die Abstimmung im Sicherheitsrat konnte von Russland noch blockiert werden. Seine Isolierung ist aber eindeutig. Dennoch: Wer den Kalten Krieg

nicht wieder neu beleben will, muss bereit sein, eine Grenze zu sehen zwischen dem imperialen Machtgehabe Putins und den realen Sicherheitsinteressen Russlands. Und muss gleichzeitig eine innerukrainische Lösung möglich machen – zusammen bleiben, aber auf eine andere Art und Weise. Ohne das Streben nach Dominanz über die verschiedenen Regionen und Bevölkerungsgruppen. Sonst verlieren die Ukrainerinnen und Ukrainer und das Internationale Recht endgültig.

17. März 2014 Wolfgang Gehrcke

Spaltung Europas muss verhindert werden

„Weitere Sanktionen durch die EU, die USA und durch die Nato sind die denkbar schädlichsten Antworten auf das Abstimmungsergebnis auf der Krim. Europa darf nicht erneut gespalten und in einen neuen Kalten Krieg getrieben werden. Von keiner Seite.“, so Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Die Linke, anlässlich des Krim-Referendums, in dem sich mehr als 95 Prozent für einen Anschluss an Russland ausgesprochen haben. Gehrcke weiter:

„Das Krim-Referendum entspricht wie das damalige Referendum zum Kosovo nicht dem Völkerrecht. Trotzdem muss das Ergebnis ernst genommen werden. Sinnvoll wären eine neue Ostpolitik der Bundesregierung und der EU sowie eine neue Westpolitik Russlands. Eckpfeiler einer solchen politischen Neugestaltung Europas könnten sein:

Verzicht aller Beteiligten auf militärische Drohungen. Die Nato sollte erklären, dass es keine weitere Osterweiterung geben wird. Darüber hinaus darf Russland den ukrainischen Konflikt nicht mit militärischen Drohungen weiter anheizen. Weder die große Mehrheit der russischen und noch die der deutschen Bevölkerung wollen einen Rückfall in den Kalten Krieg.

Die ukrainische De-facto-Regierung und die EU sind aufgefordert, zum Abkommen vom 21. Februar 2014 zurückzukehren und alle ethnischen Gruppen der Ukraine in einer neuen Regierung zu berücksichtigen. Die russische Bevölkerung der Ukraine darf nicht ausgeschlossen werden. Das Verhältnis Ost- und West-Ukraine muss neu und demokratisch geordnet werden. Für die im Mai angesetzten Parlamentswahlen in der Ukraine sind internationale Beobachter einzuladen.

Faschistische Organisationen und bewaffnete Formationen sind zu verbieten und aufzulösen. Waffen müssen mit internationaler Hilfe eingezogen und das staatliche Gewaltmonopol in einem demokratischen Staat wieder hergestellt werden.“

11. März, Rosa Luxemburg Stiftung

Krim: Die Drohkulisse steht. Aber wer sind die eigentlichen Konfliktparteien? Und inwieweit ist der Kern des Konflikts noch bestimmbar?

Die Ereignisse und ihr medialer Zerschleiß jagen sich in derartigem Tempo, dass es viel länger als einige Wochen zurückzuliegen scheint, als man noch (falls man denn über genügend Denkfähigkeit verfügte) den Eindruck gewinnen konnte, die Frage nach den Konfliktparteien sei klar zu beantworten. Es gab die Majdan-Proteste in Kiew und in anderen ukrainischen Städten auf der einen Seite und die Staatsführung und ihre Schutzorgane, verkörpert durch die Spezialeinheit „Berkut“, auf der anderen. Verfolgte man die Berichterstattung aus Russland und Deutschland, konnte man meinen, es seien zwei verschiedene Geschichten, die einem da erzählt werden: Auf der einen Seite unbedarfte Schilderungen von Menschen aus dem Volk, die hergekommen sind, sich für ein besseres Land, Demokratie und europäische Werte einzustehen, auf der anderen Seite überspitzte Bilder von radikalen, kampfbereiten Nationalisten. Dass beide Narrative auf einer stark selektiven Wahrnehmung beruhen, kristallisiert sich in Glanzmomenten des absurden TV-Theaters – wie im Interview des Frühstücksfernsehen mit der völlig inkompetenten und offenbar kaum alphabetisierten Sängerin Ruslana, die allen Ernstes zur innenpolitischen Situation in der Ukraine befragt wurde und kurzum Viktor Janukowitsch mit Stalin verglich. Oder im Bericht eines russischen Reporters, der eine Reihe in den verbarrikadierten Straßen vorgefundener Patronenhülsen und durchlöcherter Schilder in die Kamera hielt – mit der ausschließlichen Erklärung, es handle sich um Belege der Aggression der Demonstranten gegen die „Berkut“-Jungs.

Aber dann folgten die traurigen Nachrichten über Verletzte und Tote, und Konflikt wie Berichterstattung erreichten ein neues Ausmaß an Emotionalität, das analytisch-kühle oder gar zynische Kommentare als pietätslos in den Bereich des Indiskutablen verbannte. So muss wohl auch die Frage, ob es wirklich nötig war, zu den Waffen zu greifen – zu einem Zeitpunkt, als die „Repressionsgesetze“ von Mitte Januar schon zurückgenommen und Verhandlungen begonnen waren – genauso unbeantwortet bleiben wie die Frage, weshalb sich Menschen ohne existentielle Not eine kriegsähnliche Situation schaffen. Ungeachtet der Ziele, für die sie sich einsetzten, ergäbe eine Analyse nach psychologischen Fragestellungen bestimmt interessante Resultate. Welche Voraussetzungen müssen gegeben

sein, damit jemand monatelang der Hauptbeschäftigung „Demonstrieren“ nachgehen kann? Wenn es einem schon als interessiertem Zuschauer oder besorgter Analytikerin schwer fällt, das gesamte Bild in den Blick zu bekommen und Zuschreibungen von Recht und Unrecht nur mit großer Vorsicht zu unternehmen – wie soll dann ein maximal Involvierter nicht aus den Augen verlieren, dass alle Beteiligten gleichwertige Menschen sind? „Berkut“ genauso wie Demonstranten.

Von Gleichwertigkeit kann auch in Bezug auf den internationalen Diskurs keineswegs die Rede sein. Die Regel bestätigt sich wieder: Wenn Russland im Spiel ist, wird es erst einmal mit einem negativen Vorzeichen versehen. Fast scheint es so, als ergieße sich mit der internationalen Empörung der ganze während der nahezu zwischenfallsfreien Olympiade in Sotschi zurückgehaltene Eifer, endlich auf einen handfesten Grund für direkte Kritik mit entsprechenden Maßnahmen (oder möglichst geschmacklosen Vergleichen, wie jüngst von Hillary Clinton vorgemacht) reagieren zu können. Diesen Grund hat Russland mit seiner militärischen Präsenz auf der Krim geliefert.

Seit dem ersten März, als Panzer einfuhren und Soldaten ohne Abzeichen von der Presse gleich als russische Vorhut entlarvt wurden, ist eine vortreffliche Vorführung des Prinzips der doppelten Standards zu beobachten. Exemplarisch sei auf den ARD-„Brennpunkt“ vom 1. März Bezug genommen. Jörg Schönenborn fuhr mit ganzen Panzerladungen von Vokabular aus dem Kalten Krieg auf und hatte nach deren Abwurf auch noch die Kühnheit, darauf hinzuweisen, letzterer sei seit über zwanzig Jahren zu Ende. Vom „Psychokrieg“ auf der „noch“ ukrainischen Krim war da die Rede, von einer „Invasion“, einem „Brandherd“ und davon, dass das alles „in fataler Weise an die Zeiten erinnert, als die

Sowjets sich nur zu gern von ihren Brudervölkern zu Hilfe rufen ließen“, später stellt er die Frage, ob es noch andere Regionen gebe, „in denen sich die Russen zu Hilfe rufen lassen könnten“. Es sei an eine andere Darstellung erinnert: Auf dem Majdan in Kiew protestieren Menschen, denen Subjektstatus zugestanden wird, sie wurden stets als aktive Handelnde beschrieben. In der Ostukraine, so wird nahegelegt, handelt es sich um eine graue Masse, die lediglich Objekt der Unterstützung Russlands ist, von der sich Russland „zu Hilfe rufen lässt“. Schönenborn fragt seine Gesprächspartner, ob Putin nicht vielleicht sogar Truppen nach Kiew schicken werde, ob Krieg drohe in der Region, und ob nicht schon gerichtet sei über das Fortbestehen der Ukraine in seinen heutigen Grenzen. In mehr oder minder ähnliches Getöse verfielen die meisten Reporterinnen und Berichterstatte der Öffentlich-Rechtlichen. Derartige anti-russische Propaganda steht in ihrer Überzeichnung der anti-westlichen Propaganda auf russischen staatlichen Kanälen, die „den Westen“ zunehmend durch ein Prisma aus Dekadenz, Wertezersfall und politisch korrekter Gleichmacherei beleuchtet, in nichts nach.

Beobachten wir lediglich Nachbarn des Kalten Krieges, oder ist das die aktuelle Variante eines viel älteren Ost-West-Antagonismus?

In Russland ist man sich einig: Keiner will einen Krieg gegen die Brüder und Schwestern in der Ukraine. Beim Gespräch mit Journalisten am 4. März gab sich Putin besonnen und begab sich rhetorisch geschickt in eine übergeordnete Position, indem er auch Janukowitsch in die Reihe der „zhuliki“, die bisher die Ukraine regiert haben, stellte, und sein Verständnis für die protestierenden Menschen aussprach, die nun schon wieder eine Übergangsregierung aus Gaunern erhalten hätten. „Zhuliki i vory“ – „Gauner und Diebe“, das war die geläufige Bezeichnung der Opposi-

tionsbewegung Russlands zur Zeit der Proteste 2011/12 für Putin und sein Regime gewesen.

Nimmt man demokratische Wahlverfahren ernst, dann erstaunt tatsächlich, mit welcher Selbstverständlichkeit die Abgeordneten der Partei der Regionen sowie der Kommunisten und Präsident Janukowitsch zu Gaunern erklärt wurden. Sowohl die Präsidentschaftswahl 2010 (schon Anfang 2015 wäre turnusmäßig wieder gewählt worden) als auch die Parlamentswahl 2012, bei der die Partei der Regionen mit 30 Prozent die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte, wurde im Großen und Ganzen auch von westlichen Wahlbeobachtern als fair bezeichnet. Die Übergangsregierung besitzt überhaupt keine Legitimierung durch die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb weigert sich Russland, direkte Gespräche zu führen, und Putin beruft sich als Erklärung für die „Unterstützung“ auf der Krim auf eine Bitte des letzten legitimen Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch.

Die letzten Monate haben gezeigt, wie sehr der Großteil der Analytiker, Expertinnen und Berichterstatte die Zerteilung der Welt noch verinnerlicht hat. Solange strukturell vergleichbare Phänomene noch in Abhängigkeit von ihrem Urheber mit verschiedenen Vorzeichen versehen werden, kann kein neuer internationaler Diskurs begonnen werden. Was genau unterscheidet z.B. den Autonomiewillen der Krim von demjenigen des Kosovo? Aller Voraussicht nach wird es keine nächste Eskalationsstufe geben – keine vorbereitenden Vernichtungsschläge, die zur gegenseitigen Zerstörung führen. Aber die Abkühlung der offiziellen Beziehungen könnte diesmal unter dem Gefrierpunkt enden – wenn ihnen gelungene internationale Großanlässe wie Sotschi nicht zuvorkommen.

Tiina Fahrni, Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit, Büroleiterin Moskau; fahrni@rosalux.de

Elektoraler Tsunami in Serbien

Die neoliberal-konservative serbische Fortschrittspartei gewinnt weit mehr als die absolute Mehrheit der Mandate

Von Boris Kanzleiter, Rosa Luxemburg Stiftung, Belgrad.

Ein überzeugender Wahlsieg der Serbischen Fortschrittspartei (SNS) und ihres Frontmannes Aleksandar Vučić war im Vorfeld der Parlamentswahlen am 16. März 2014 von allen BeobachterInnen erwartet worden. Aber dass es ein elektoraler Tsunami werden würde, ist dann doch eine Überraschung.

Nach dem vorläufigen amtlichen End-

ergebnis verdoppelt die Fortschrittspartei ihr bereits gutes Resultat von 2012 (24,05 Prozent) auf stolze 48,34 Prozent. Die Sozialistische Partei Serbiens (SPS), welche bisher mit der SNS regierte, erreicht mit 13,51 Prozent nur unwesentlich weniger als 2012 (14,51 Prozent). Die bisherige Regierungskoalition legt zusammen also mächtig zu.

Ganz im Gegensatz zur Opposition. Die einst mächtige Demokratische Partei (DS) kollabierte buchstäblich von 22,07 Prozent (2012) auf jetzt nur

noch 6,04 Prozent, das schlechteste Ergebnis, das diese traditionsreiche Partei seit der Einführung des Mehrparteiensystems 1991 erhielt. Die vom ehemaligen Präsidenten Boris Tadić geführte Neue Demokratische Partei (NDS), eine Abspaltung der DS, erhielt auch nur 5,71 Prozent. Die Parteien der nationalen Minderheiten (Ungarn, Muslime und Albaner) konnten sich mit einigen Mandaten im Parlament halten. Sie müssen die Fünf-Prozenthürde nicht überspringen. – Alle anderen

Parteien dagegen werden ihre Fraktionen in der Skupština, dem serbischen Parlament, auflösen müssen, weil sie an der Fünfprozenthürde gescheitert sind. Damit verschwinden etablierte Kräfte wie die national-konservative Demokratische Partei Serbiens (DSS) des ehemaligen Präsidenten Vojislav Koštunica, die neoliberale Liberaldemokratische Partei (LDP) des Djindjić-Zöglings Čedomir Jovanović und die Partei der Vereinten Regionen (URS) des ehemaligen Wirtschaftsministers Mladjan Dinkić aus dem parlamentarischen Leben. Die Rechtsextremisten der Serbischen Radikalen Partei (SRS) und Dveri bleiben ebenfalls außerparlamentarisch.

Was geht in Serbien vor sich? Was ist das Erfolgsrezept der Fortschrittspartei?

Die Antwort auf diese Frage ist einfach: Auch wenn die SNS bereits knappe zwei Jahre an der Regierung ist, führte sie einen Wahlkampf als wäre sie eine Oppositionspartei. Das war deshalb möglich, weil die SNS 2012 zwar deutlich besser abschnitt als die Sozialisten, Aleksandar Vučić aber das Amt des Premierministers dennoch dem SPS-Chef Ivica Dačić überließ. Damit wollte die Koalition die Befürchtungen in den Botschafter der westlichen Länder zerstreuen, in denen der ehemalige Rechtsextremist Vučić vor zwei Jahren noch als unzuverlässig galt. Immerhin hatte er noch 2007 als führendes Mitglied der Serbischen Radikalen Partei Stimmung für Kriegsverbrecher wie Ratko Mladić und Radovan Karadžić gemacht.

Vučić positionierte sich bei der Regierungsbildung im Sommer 2012 in der Hierarchieebene als stellvertretender Premierminister also hinter Dačić. Gleichzeitig begann Vučić aber in seinem neu geschaffen Job als „Geheimdienstkoordinator“ eine Dauerkampagne gegen die „Organisierte Kriminalität“ und „Korruption“. Einen Durchbruch erreichte er bereits im Dezember 2012 mit der Verhaftung von Miroslav Mišković, dem wohl reichsten serbischen Wirtschaftskapitän. Mišković hatte – ähnlich wie die russischen „Oligarchen“ – sein Imperium in der Phase der „ursprünglichen Akkumulation“ während der Kriege der neunziger Jahre gegründet. Er gilt als der Prototyp des neuereichen, kriminellen Wirtschaftslenkers, der korrupte Politiker dirigiert wie Marionetten. Niemand hielt es für möglich, dass ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet werden könnte. Aber es blieb nicht beim Fall Mišković: Mit fast täglichen neuen Enthüllungen von Korruptionsfällen, Ankündigungen von Verhaftungen und tatsächlichen Verhaftungen füllt Vučić seit fast zwei Jahren die Medien.

Gleichzeitig inszeniert sich Vučić als

selbstloser „Reformator“, dem keine Last zu schwer ist, wenn er nur seinem geliebten Serbien dienen kann. Vučić zelebriert sich als Frühaufsteher, der ruhelos auf der Suche nach internationalen Investoren für die marode Industrie ist. Vučić half im Winterchaos im Januar aber auch kleine Kinder aus Schneewehen auf der Autobahn zu befreien. Vučić hat für alle Sorgen und Nöte der BürgerInnen Verständnis. Die vielen Runzeln auf der Stirn des 44-jährigen Rechtsanwalts sollen zeigen, dass er ständig um das Wohl seiner Mitmenschen besorgt ist. Die heißen Kastanien der Regierungsarbeit ließ Vučić freilich lieber andere aus dem Feuer holen. So war es Premierminister Dačić, der im Herbst 2013 den unpopulären Kosovo-Kompromiss in Brüssel aushandeln musste. Im Januar 2014 erfolgte daraufhin die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der EU.

Den Erfolg der Kosovo-Verhandlungen heftete sich allerdings wieder Vučić ans Revers. Der ehemalige Kosovo-Mystiker gilt heute als euphorischer Anhänger der Europäischen Union. Er ernannte Franco Frattini zu seinem persönlichen Berater. Der ehemalige Berlusconi-Intimus, Außenminister Italiens und EU-Kommissar, ist als Nachfolger des Nato-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen im Gespräch. Besonders enge Beziehungen scheint Vučić mit der deutschen CDU und der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) aufzubauen. Ein paar Tage vor den Parlamentswahlen erhielt Vučić sogar die Ehre einer seltenen Privataudienz bei Alt-Kanzler Helmut Kohl in Oggersheim. Die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik Angela Merkels preist er als ein Rezept für Serbien an. Im verarmten und deindustrialisierten Serbien gelten gute Beziehungen zu Deutschland als wichtig.

Degradierung der ehemaligen Anti-Milošević-Koalition

Die Stärke von Vučić ist die Schwäche der Opposition. Der dramatische Zerfall der ehemaligen Anti-Milošević-Koalition hat verschiedene Gründe. Einerseits ist der Demokratischen Partei mit der proeuropäischen Wendung der ehemaligen Radikalen Partei, die jetzt als Fortschrittspartei firmiert, die Mobilisierungsressource der Angst vor dem Rechtsextremismus abhandengekommen. Bei den Wahlen 2012 und 2008 konnte die DS noch darauf verweisen, dass mit der Machtübernahme Vučićs eine Rückkehr in die düsteren 90er Jahre drohe. Dieses Argument zog 2014 nicht mehr. Denn Vučić und seine Fortschrittspartei ist mittlerweile zum Liebling der internationalen Gemeinschaft avanciert. Krieg und internationale Isolation sind weit entfernt.

Mindestens genauso wichtig – wahr-

scheinlich sogar wichtiger – ist aber die katastrophale Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche die Anti-Milošević-Kräfte unter der Führung der Demokratischen Partei nach dem Sturz des Potentaten im Oktober 2000 geführt haben. Mit einem Privatisierungsgesetz 2001 wurde die schnelle Übernahme wesentlicher Teile der Industrie durch „Investoren“ ermöglicht, deren Interessen meistens nicht in der Modernisierung der Produktion sondern in der Zerstücklung der Betriebe und einem kurzfristigen Extra-Profit durch den Verkauf von Liegenschaften lagen. Die neoliberale Maxime der Senkung der Lohnkosten, um „Auslandsinvestitionen“ ins Land zu locken, flankierte die Privatisierungspolitik genauso wie die Öffnung der Märkte für ausländische Banken, die „billige“ Kredite anboten. Nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 kollabierte das „Ketchup“-Modell im Strudel aus steigenden Zinsen, einem Kapitalabzug der ausländischen Banken und dem Zusammenbruch des Binnenmarktes. Die Folgen sind der beschleunigte Zerfall der Industriestrukturen und eine Arbeitslosenquote von über 25 Prozent, ein Niedriglohnsektor im Dienstleistungs- und „Greenfield“-Bereich sowie private und öffentliche Überschuldung.

Geschickt ist es Vučić gelungen, mit dem Antikorruptionsdiskurs die Ursachen der Krise zu personalisieren. Nur eine Handvoll junger linksorientierter Intellektueller analysiert in Serbien heute die schwerwiegenden strukturellen Probleme der neoliberalen Politik der vergangenen 14 Jahren, die Prozesse der Peripherisierung der gesamten Region, und versucht ökonomische Alternativen zu entwickeln. Der Mainstream erregt sich lieber emotional über „Korruption“, „Misswirtschaft“.

Die Absurdität des Antikorruptionsdiskurses indes besteht darin, dass Vučić mit seiner Forderungen nach „Reformen“ im Kern die Radikalisierung der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik fordert, die die Ökonomie in den vergangenen Jahren zerstört hat und die korruptiven Privatisierungen erst ermöglichte. Für die kommenden Monate sind eine Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes, Kürzungen im öffentlichen Sektor, Massenentlassungen und die weitere Privatisierung von Staatsunternehmen angekündigt. Und sicher werden unter dem Jubel der Boulevardpresse wieder ein paar korrupte Beamte und Politiker verhaftet werden. (...)

Belgrad, 18.3.2014

Boris Kanzleiter, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Südost Europa in Belgrad, aus Platzgründen gekürzt, vollständig bei www.rosalux.de, Publikationen

Spannender Ausgang erwartet

Die regierende AKP hatte bei den letzten Kommunalwahlen 2009 ein landesweites Ergebnis von 38,99 Prozent und bei den Parlamentswahlen 2011 49,83 Prozent. Für die Wahlen am 30. März 2014 gehen die Umfragen zwischen 39 bis 48 Prozent für die AKP aus.

In den Umfragen schaden der AKP nicht die neuesten Korruptionsskandale der Familien von Ministern und des Ministerpräsidenten Erdogan. Auch die Proteste um den Gezi-Park, die Auseinandersetzungen und Demonstrationen anlässlich des Todes eines jungen Demonstranten vor wenigen Tagen, die Zensur der Medien und des Internets, die Ausschaltung von Staatsanwälten, Polizeibeamten und Richtern – all das kann anscheinend einem Erfolg der AKP nichts anhaben. Kommentare unabhängiger türkischer Zeitungen sprechen von einem schleichenden Putsch der AKP. Die Auseinandersetzungen haben eher die Gräben zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung vertieft.

Auf seinen Wahlkundgebungen macht Erdogan die Kommunalwahl zu einer Abstimmung über seine Zukunft. Im August will er zu den ersten direkten Präsidentenwahlen als Kandidat antreten.

Seinen Plänen entgegen steht die religiöse erzkonservative Gülenbewegung. Diese hat jahrelang die Macht der AKP und Erdogans mit der Gründung von Privatschulen, den Bau von Mo-

scheen und besonders mit einer Politik der Unterstützung und Finanzierung kleiner und mittlerer Firmen in strukturschwachen Gebieten gefestigt. Lag bis vor zehn Jahren die Wirtschaftskraft der Türkei bei der Großindustrie in den Zentren des Westens, so tragen heute die kleinen und mittleren Betriebe den größten Teil zur Entwicklung bei. Die religiös-konservativ geprägte Landbevölkerung hat davon profitiert. Ihre Lebensbedingungen haben sich verbessert. Noch ist die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht in diesen Regionen angekommen. So erklärt sich auch der Zuspruch, den Erdogan erfährt.

Die Städte Istanbul, Izmir, Ankara werden in den Wahlen stark umkämpft, hier gibt es Hochburgen der kemalistischen CHP. In Istanbul hat auch der Kandidat der HDP (Demokratische Partei der Völker, ein Wahlbündnis der kurdischen BDP mit linken türkischen Parteien) Chancen auf ein gutes Wahlergebnis.

Der aktuelle Machtkampf zwischen Ministerpräsident Erdogan und Fethullah Gülen, dem geistliche Oberhaupt der Gülen-Bewegung, wird starken Einfluss auf die kommenden Wahlen nehmen. Manche Kommentatoren sehen in den Friedensgesprächen zwischen der Erdogan-Regierung und der PKK den entscheidenden Grund für das Zerwürfnis zwischen den einstigen Verbündeten, die in der Vergangenheit gegen den Einfluss des Militärs und für eine zunehmend islamischere Gesellschaft stritten. Gegen den kurdischen Widerstand setzte Gülen auf das Militär.

Die Friedensgespräche sind derzeit zum Stillstand gekommen, die von der kurdischen Bewegung geforderten Demokratisierungsreformen werden von der AKP seit einem halben Jahr verschleppt bzw. gar nicht angepackt. So steht immer noch die Zehn-Prozent-Hürde bei den Parlamentswahlen, der muttersprachliche Unterricht in Kurdisch an den Schulen kommt nicht voran, das türkische Militär nutzt den Waffenstillstand zum Ausbau von Militäranlagen usw. Das ist auch der Grund, warum die PKK den Abzug der Guerillaeinheiten aus der Türkei stoppte. In letzter Zeit kam es verstärkt im Grenzgebiet zum Irak zu militärischen Auseinandersetzungen. Vor den Präsidentenwahlen im August kann nicht mit irgendwelchen Fortschritten in den Friedensverhandlungen zwischen türkischer Regierung und PKK gerechnet werden.

Wie hoch der Wahlerfolg Erdogans und der AKP wird, hängt nicht zu-

letzt von den kurdischen Provinzen der Türkei ab. Die kurdische BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) hat hier in den letzten Kommunalwahlen die Mehrheit der Stimmen erhalten. Sie stellt rund hundert Bürgermeister und Hunderte Kommunalabgeordnete. In Diyarbakir hatte sie 65 Prozent der Stimmen errungen, die AKP 31 Prozent. Dieses Ergebnis zu halten oder auszubauen, ist eine schwere Aufgabe. Die AKP und die Huda-Partisi (diese ist aus der Hizbullah hervorgegangen, die in den 90er Jahren viele Morde sogenannter unbekannter Täter in Kurdistan verübte; der Name bedeutet wie das arabische Hizbullah „Partei Allahs“, die Partei gibt einen Sharia-Staat als ihr Ziel aus) werben auf Veranstaltungen und Plakaten auf Kurdisch um Stimmen. Das war bis vor kurzem noch undenkbar, zahlreiche Abgeordnete der BDP sitzen oder saßen deshalb im Gefängnis. Erdogan trat sogar im November auf einer Veranstaltung gemeinsam mit Barzani, Ministerpräsidenten des autonomen Kurdenstaats innerhalb des Iraks, und dem wohl bekanntesten kurdischen Sänger Sivan Perwer auf.

Wahlumfragen vom Februar in Diyarbakir sehen die AKP wieder hinter der BDP. Es kommt darauf an, wie viele Stimmen die BDP an Huda Partisi abgeben muss, ob die BDP ihre Position halten oder gar ausbauen kann. BDP-Kandidaten zu dem Stadtrat in Diyarbakir gehen von einem möglichen Verlust von bis zu vier Prozent an die Huda Partisi aus, da diese für die kurdische Sprache und eine kurdische Autonomie wirbt. Wahlprognosen gehen von vier bis zwölf Prozent für die Huda Partisi aus.

Der bisherige Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, tritt hier nicht mehr zu den Wahlen an. Das Parteiprogramm der BDP sieht vor, dass nach zwei Wahlperioden nicht mehr am selben Ort kandidiert werden kann. Deshalb kandidiert hier die Kovorsitzende der BDP, Gültan Kisanak. Sie ist z. Zt. auch Parlamentsabgeordnete von Diyarbakir. Ahmet Türk kandidiert als unabhängiger Kandidat in Mardin, Osman Baydemir kandidiert in Urfa. Mit ihnen hofft die BDP, in beiden Städten erstmals die Wahlen zu gewinnen und der AKP das Bürgermeisteramt abzunehmen.

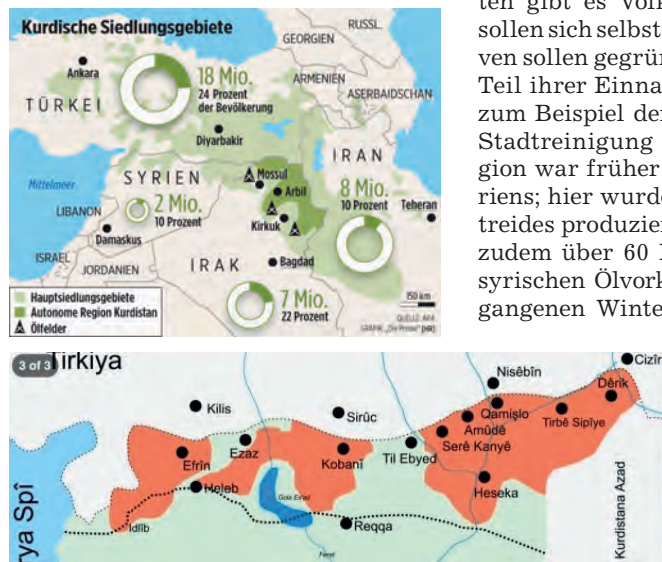
Geht die BDP aus dem Kommunalwahlen gestärkt hervor, wird das den Druck auf die AKP im Friedensprozess in Kurdistan erhöhen. Gültan Kisanak erklärte deshalb die Wahlen zu einem Referendum über die demokratische Autonomie. Die letzte große Mobilisierung der BDP vor den Wahlen wird zu Newroz stattfinden. Auf den Veranstaltungen werden wieder Hunderttausende Menschen erwartet, in Diyarbakir allein 1,5 Millionen. *Rudolf Bürgel*



Diyarbakir: Wahlwerbung der AKP-Partei in kurdischer Sprache (Bild oben). Kundgebung der kurdischen BDP (Bild unten)

Kurdische Kantone in Syrien – ein Modell für die Region

In Diyarbakir konnten wir ein Gespräch mit der Syrien-Koordinationsgruppe der DTK (Kongress für eine demokratische Gesellschaft) führen. Diese Kontaktgruppe wurde im August 2012 nach Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen in den syrisch-kurdischen Gebieten eingerichtet. Sie hat zum Ziel, die kurdische Bewegung in Syrien politisch und die dortige Bevölkerung humanitär zu unterstützen. Unsere Gesprächspartner waren Medeni Alpkaya (Mitglied des Parteirats der BDP), Mazhar Zumrûc (Gewerkschaft der Kommunalarbeiter), Hüseyin Durmas (Verantwortlicher für Bildung in der Verwaltung von Diyarbakir).



Seit Juni 2012 hat die der PKK nahestehende PYD (Demokratische Union) Zug um Zug die militärische und politische Macht in den drei kurdischen Siedlungsgebieten in Syrien übernommen. Verwaltungseinheiten wurden installiert, Schulen neu eröffnet, das öffentliche Leben organisiert. Die PYD rief die regionale Autonomie aus und gründete drei kurdische Kantone: Cizire, Kobani und Efrin. Die Bezeichnung Kanton wurde mit Bedacht gewählt, sie soll demonstrieren, dass nicht ein eigener Staat das Ziel ist, sondern ein föderativer Staat Syrien.

Mit Flüchtlingen leben hier ca. drei Millionen Menschen – zwei Millionen Kurden, eine Millionen Araber, Assyrer, Armenier und Turkmenen. Nebeneinander existieren die islamisch-sunnitische, die kurdisch-yezidische, die christlich-aramäische, die orthodoxe armenische und die katholische christliche Kirche. Die PYD baute aus ihnen 45000 Kämpfern, darunter ein Drittel Frauen, eine Armee auf, die kurdischen Volksverteidigungseinheiten.

Diese wurden nur zur Sicherung der kurdischen Gebiete eingesetzt, greifen nicht in die bewaffneten Auseinandersetzungen in Syrien ein und verwehren bisher sowohl aufständischen arabischen Einheiten als auch dem syrischen Militär den Zugang. Demnächst sollen in den drei Kantonen Wahlen abgehalten werden. Ähnlich wie im Irak entsteht in Syrien eine kurdische Autonomie und sind die kurdisch kontrollierten Gebiete befriedet.

Die multiethnische Zusammensetzung in der Region drückt sich derzeit in der Besetzung der verantwortlichen Positionen in den Kantonen aus und soll sich nach den Wahlen auch in der Regierung wiederfinden. In den Städten gibt es Volksräte. Die Menschen sollen sich selbst versorgen, Kooperativen sollen gegründet werden, die einen Teil ihrer Einnahmen spenden und so zum Beispiel den Straßenbau und die Stadtreinigung finanzieren. Die Region war früher die Kornkammer Syriens; hier wurden 60 Prozent des Getreides produziert. Das Gebiet verfügt zudem über 60 Prozent des gesamten syrischen Ölvorkommens. Die im vergangenen Winter selbst proklamierte autonome kurdische Region Rojava will aber auch künftig zu Syrien gehören.

Die größte Bedrohung für die kurdische Autonomie geht derzeit von Al-Kaida-Gruppen aus. Diese halten die Gebiete zwischen den kurdischen Kantonen. Cizire und Kobani liegen 60 Kilometer auseinander, zwischen Kobani und Efrin liegen 70 Kilometer. Diese werden von Islamisten der Nusra-Front und der Isis (Islamischer Staat in Syrien und der Levante) kontrolliert. Die Türkei hatte 2011 ihre Grenzen nach Syrien für ausländische Freiwillige geöffnet. Mindestens 7000 kamen, um gemeinsam mit syrischen Islamisten zu kämpfen. Weitere kamen aus dem Irak. Die Nusra-Front kämpft für einen islamistischen Staat in Syrien, die Isis bekämpft besonders den schiitischen Islam und hat die Errichtung eines islamischen Emirats mit Irak, Syrien und dem Libanon als Ziel. Finanziell werden diese Gruppen von Saudi Arabien und Katar unterstützt. Praktisch kommt diese Hilfe über die Türkei, in deren Grenzgebiet Ausbildungslager existieren. Nusra-Front und Isis haben in den von ihnen gehaltenen Gebieten ein Terrorregime errichtet. Viele Menschen sind deshalb in die kurdischen Kantone geflücht-

tet. In Cizire leben fast eine Millionen Flüchtlinge, in Efrin 200000.

Die türkische Regierung hat die Grenzübergänge, die auf syrischer Seite von der PYD erobert wurden, bis auf einen geschlossen. Seit einem Monat ist der Übergang nach Cizire vom türkischen Militär geschlossen worden. Keine humanitären Hilfslieferungen können derzeit nach Cizire gelangen. Über den Grenzübergang nach Kobani können einmal wöchentlich Hilfslieferungen geschickt werden. Die Hilfslieferungen werden von der Syrienkommission der DTK organisiert und koordiniert. Aber die Lieferung von 75000 kurdischen Schulbüchern, die zu Jahresbeginn nach Kobani geschickt werden sollte, wurde vom türkischen Militär verhindert. Nun liegen diese Bücher in Mardin im Lager.

Das Gebiet Efrin kann gar nicht erreicht werden. Die Grenzübergänge sind geschlossen bzw. werden von islamistischen Gruppen gehalten. Efrin war früher der Gemüse- und Obstgarten Syriens. 80 Millionen Liter Olivenöl von der letzten Ernte können derzeit nicht aus Efrin ausgeliefert werden, nicht einmal nach Kobani und Cizire. Die Verbindungsstraßen werden derzeit von den islamistischen Kräften kontrolliert.

Auf die Frage, wie die sich entwickelnde kurdische Autonomie auf die Kurden im Mittleren Osten ausstrahlt, sagte Medeni Alpkaya: „Immer wenn die Kurden versuchen, ihrem Leben Rechtssicherheit zu geben, fühlt sich die Türkei bedroht.“ In den kurdischen Kantonen in Syrien entwickle sich eine föderative Zwischenlösung aus Verwaltung, Autonomie, Räte-System. Es ist ein Experiment, ein mögliches Beispiel für den gesamten Nahen Osten, für die Türkei, den Irak, für Syrien und auch Armenien. Die Türkei kann ihre Behauptung, „die Kurden wollen einen eigenen Staat“, nicht aufrechterhalten. Die irakisch-kurdische KDP sieht sich durch die neue Selbstverwaltung in den kurdischen Kantonen in Syrien bedroht. Es ist genau das Gegenteil zu dem kurdischen Modell im Irak. Die PKK und die BDP sehen in dem kurdisch-syrischen Versuch der Selbstverwaltung eine Alternative für den gesamten Mittleren Osten.

Bis zu dem Armenier-Massaker gab es im Osmanischen Reich ein relativ friedliches Nebeneinander und Zusammenleben der Völker im Nahen und Mittleren Osten. Seither ist hier die politische Lage von Konflikten zwischen den Völkern in den nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Staaten geprägt. Eine Konföderation der Völker könnte ein neues drittes Modell für das Zusammenleben im Nahen und Mittleren Osten darstellen, eine konföderative Demokratie. *Rudolf Bürgel*

Bahnbeschäftigte vor dem EU-Parlament

Als die Abgeordneten am 25. Februar 2014 über das vierte Eisenbahnpaket abstimmen, versammelten sich mehr als 4 000 Bahnbeschäftigte aus 17 Ländern vor dem Europäischen Parlament in Straßburg zu einer Kundgebung. Das vierte Eisenbahnpaket könnte die öffentlichen Schienenpersonenverkehrsdienste in jedem Mitgliedsstaat der Europäischen Union für den Wettbewerb öffnen. Dies wiederum könnte der Privatisierung den Weg ebnen. Im Paket sind desweiteren Änderungen zum Streikrecht der Beschäftigten, zu integrierten Bahngesellschaften und zur Gesetzgebung im Hinblick auf Bahnsicherheit enthalten. Trotz der großen Anzahl von aktiven Gewerkschafter/innen vor dem Parlament stellte die Abstimmung keinen durchschlagenden Erfolg für die Arbeitnehmerseite dar – wenn auch die negativsten Vorschläge modifiziert wurden. Die stellvertretende ETF-Generalsekretärin Sabine Trier erklärte in einer Stellungnahme: „Unser Ruf nach einer vollständigen Ablehnung des Pakets fand kein Gehör. Seine Verabschiedung würde nach wie vor eine Öffnung der inländischen Schienenpersonenverkehrsdienste für den Markt bedeuten. Die Existenz integrierter Bahngesellschaften ist noch immer bedroht, wenn auch die schlimmsten Pläne abgelehnt wurden. Die Nachricht, dass das Streikrecht der Beschäftigten unangetastet blieb, hat uns sehr gefreut.“ Der Vorsitzende der ITF-Sektion Eisenbahn Øystein Aslaksen hob die Notwendigkeit hervor, den Druck auf das Europäische Parlament und den Europäischen Rat aufrechtzuerhalten. Er betonte, dass es noch weitere Verhandlungen zwischen Parlament und Rat gebe, und diese Abstimmung somit nicht das Endergebnis sei.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 6.3.2014

EU stärkt Rechte von Saisonarbeitern

Das EU-Parlament will Saisonarbeiter aus Nicht-EU-Staaten besser vor Ausbeutung schützen. Am 5. Februar hat es beschlossen, dass Arbeitgeber künftig verpflichtet sind, Saisonarbeitern aus Drittstaaten bereits vor der Einreise einen Arbeitsvertrag oder ein verbindliches Angebot vorzulegen, in dem Löhne und Arbeitszeiten festgelegt sowie eine angemessene Unterkunft nachgewiesen werden. Auch sollen Saisonarbeiter grundsätzlich die gleichen Ansprüche u.a. auf Lohn, Sozialleistungen (mit Ausnahme von Sozialhilfe) und Rente wie EU-Bürger erhalten. Die Mitgliedstaaten können u.a. Familienleistungen oder Leistungen bei Arbeitslosigkeit von der Gleichbehandlung ausnehmen. Von der neuen

Regelung sind vor allem Spanien, Italien und Griechenland betroffen, wo viele Erntehelfer aus Nordafrika arbeiten. Insgesamt kommen laut Schätzungen der Europäischen Kommission mehr als 100 000 Saisonarbeitnehmer pro Jahr aus Drittstaaten in die EU. In Deutschland kommen die meisten der jährlich rund 300 000 Saisonkräfte aus den EU-Mitgliedsländern Polen, Rumänien und Bulgarien. Die EU-Staaten sollen die neuen Regeln bis 2017 umsetzen.

Quelle: <http://www.migration-info.de>, 27. Februar 2014

Belgien: Erfolgreicher Streik gegen Sonntagsarbeit bei Aldi

Am 5.3. waren die Supermärkte der Discount-Kette Aldi entlang der belgischen Nordseeküste geschlossen und am Vertriebszentrum in Roeselare hielten die protestierenden Beschäftigten eine Zeit lang die Lastwagen auf, die die Märkte in verschiedenen Regionen Belgiens beliefern sollten, um von dort aus gegen das Vorhaben zu protestieren, einige Märkte an Sonntagen zu öffnen. Die Küstenregion gehört zu den Gebieten in Belgien, in denen sonntags die Läden geöffnet sein dürfen, denn dies ist eine touristische Region. Mittlerweile haben viele Supermarktketten, die in Belgien am Markt sind, sonntags geöffnet und Aldi will dieser Konkurrenz etwas entgegensetzen. Doch die Gewerkschaften bei Aldi haben ein Problem mit der Idee, Aldi-Märkte an Sonntagen zu öffnen. Sie sagen, dass es Aldi in Belgien sehr gut gehe und dass man kaum Konkurrenz fürchten müsse – auch nicht durch sonntägliche Öffnungszeiten. Zudem sei der Arbeitsdruck bei Aldi recht hoch und man sehe nicht ein, auch noch an Sonntagen arbeiten zu müssen. Am Ende gelang es den Arbeitern zu erhalten, was sie angestrebt hatte. Am 27. Februar lud das Management die Gewerkschaften zu Gesprächen ein. Aldi verzichtete in den Verhandlungen auf den Plan, in Tourismusgebieten Sonntagsarbeit einzuführen. Die Belegschaften hatten bereits im letzten Jahr eine Verlängerung der Arbeitszeit hingenommen. Dieses Mal hatten sich bei einer Befragung 99 Prozent dagegen ausgesprochen, und dementsprechend war die Beteiligung am Streik und an Protesten hoch.

Quelle: <http://www.uniglobalunion.org>, Flanderninfo.be, 5.3.2014

Georgien: Busfahrer/innen streiken

In Batumi (Georgien) streikten Ende Februar Busfahrer/innen für eine Verbesserung ihrer Beschäftigungsbedingungen. Die Gewerkschaft der Busfahrer/innen gehört dem der ITF angeschlossenen Republikanischen Gewerkschaftsausschuss der Beschäf-

tigten im Straßentransport an. Anlass für den Arbeitskonflikt war der Bruch eines Abkommens zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen und zur Erhöhung des Stundenlohns von 4 GEL (1,66 Euro) auf 4,5 GEL (1,87 Euro) seitens des Arbeitgebers Batumi Auto Transport (BAT). Medienberichten zufolge hat BAT Mittel, die für die Anhebung der Bezahlung vorgesehen waren, für die Inbetriebnahme neuer Buslinien verwendet. Der Ausstand, der am 10. Februar begann, wurde breit unterstützt. Die Georgische Seeleutengewerkschaft sowie die Gewerkschaft der Hafenbeschäftigten schlossen sich dem Streik an. Auch die Gewerkschaft der Ärzt/innen und Vertreter/innen des Gewerkschaftsverbands von Adscharien erklärten sich mit den Streikenden solidarisch. Der Generaldirektor von Batumi Auto Transport ist inzwischen zurückgetreten. An der Bezahlung hat sich indessen nichts geändert. Die ITF hat sich nun in dem Arbeitskonflikt zu Wort gemeldet und der Gewerkschaft ihre Unterstützung ausgedrückt. Sie rief die lokale Verwaltung dazu auf, durch einen konstruktiven sozialen Dialog für eine rasche Lösung der Konfliktpunkte zu sorgen. Dazu Mac Urata, der Sekretär der ITF-Binnenverkehrssektionen: „Qualitativ hochwertige öffentliche Verkehrsdienste, die die Sicherheit von Fahrer/innen und Fahrgästen gewährleisten, können nur von Beschäftigten erbracht werden, die menschenwürdige Bezahlung und Beschäftigungsbedingungen genießen. Für uns steht außer Frage, dass BAT in seine Belegschaft investieren muss, um seine Zukunft sicherzustellen. Wir werden die weiteren Entwicklungen aufmerksam verfolgen.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 28.2.2014

Ägypten: Cargill attackiert Arbeitnehmerrechte

Die Beschäftigten der National Vegetable Oil Company (im Besitz des US-Unternehmens Cargill, einem der weltweit größten Nahrungsmittelkonzerne) in Alexandria gründeten ihre Gewerkschaft am 1. März 2012 im Anschluss an einen Konflikt. Nach dessen zufriedenstellender Beilegung wurden in der Fabrik konstruktive Arbeitsbeziehungen eingerichtet. Damit war es im August 2013 vorbei, als ein neues Managementteam eingesetzt wurde. Zunächst gab es bekannt, dass die mit der vorherigen Betriebsleitung unterzeichneten Vereinbarungen nichtig seien und dass eine neue Politik der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen eingeführt werde. Dann begann es, die Beschäftigten zu schikanieren, indem es nach geringfügigen Regelverstößen suchte, Warnungen erteilte und den Beschäftigten mit Entlassung drohte. Um gegen die willkürlichen



Bestrafungen und das sich verschlechternde Arbeitsumfeld zu protestieren, veranstalteten die Beschäftigten am 15. Dezember 2013 einen Sitzstreik. Die Betriebsleitung reagierte darauf mit der Schließung der Fabrik und der längeren Beurlaubung von 84 Beschäftigten (von 122 in der Fabrik). Die Fabrik wurde am 13. Januar wieder geöffnet, und es wurden Ersatzarbeitskräfte eingestellt. Während die Betriebsleitung sie an der Rückkehr an ihre Arbeitsplätze hindert, stellen die Beschäftigten auf dem Fabrikparkplatz weiter Streikposten auf. Unter Missachtung des Gesetzes hat Cargill damit begonnen, den Beschäftigten Entlassungsschreiben zuzustellen.

Quelle: <http://www.iuf.org> 4.3.2014

Ägypten: Mindestlohn-Streik beim Mahalla-Konzern

Am 9. Streiktag der Mahalla-Belegschaft werden in Pressemeldungen die Möglichkeiten erörtert, mit denen die Staatsmacht diesen Streik per Repression beenden könnte – die entsprechenden (Anti)Versammlungsgesetze gibt es ja. Die inzwischen mehr als 20000 Streikenden erklärten durch einen Sprecher ihre Entschlossenheit, den Streik fortzusetzen, der sich um Lohn- bzw. Prämienauszahlung dreht, vor allem aber die Anwendung des von der Regierung angehobenen Mindestlohns (1200 Ägyptische Pfund/123 Euro) nicht nur auf den öffentlichen Dienst, sondern auch auf die Beschäftigten der staatlichen Betriebe einfordert, da es in diesen Betrieben viele Beschäftigte gibt, die unter dieser Verdienstgrenze liegen. Den Beschäftigten staatlicher Verwaltungen usw. höhere Einkommen zuzugestehen, als den Beschäftigten der öffentlichen Unternehmen war schon seit langem auch eine Taktik des alten Mubarakregimes gewesen, sich einen gewissen Anhang zu sichern. Nachdem die Textilarbeiter am 1. März ihren Streik ausgesetzt hatten – inzwischen 47000 Streikende gingen wieder an die Arbeit – um der zugesagten Kommission Zeit für Verhandlungen zu geben, waren im Laufe der folgenden Woche Belegschaften anderer öffentlicher Betriebe, wie Transport und Post in den Streik getreten, breite Teile im

Gesundheitswesen ebenfalls. Wie die Textilbelegschaften fordern sie, dass die von der Regierung beschlossene Erhöhung des Mindestlohns auch für sie gelte – während die Regierung einstweilen verlauten ließ, die Erhöhung gelte nur für Behörden, nicht aber für öffentliche Betriebe, diese müssten ihre Lohnfragen selbst regeln – und kurz darauf zurücktrat.

Quellen: www.dailynewsegypt.com, 17.2.2014 und 26.2.2014

Mexiko: Neuer Gewerkschaftsbund gegründet

Am 22. Februar gründeten die Vertreter von über 90 Einzelgewerkschaften einen neuen Verband „Nueva Central Sindical“. Weil dreißig Jahre Privatisierung und Beseitigung von Arbeiterrechten dazu geführt hätten, dass heute in Mexiko über dreißig Millionen Menschen unter übelsten Bedingungen arbeiten müssten, ohne dass erfolgreiche gewerkschaftliche Gegenwehr stattgefunden habe, sei dieser Schritt notwendig. Benito Bahena, Generalsekretär des Sindicato de Tranviarios del Distrito Federal sprach zum Abschluss über die neue Sklaverei prekärer Arbeit.

Quelle: www.frecuencialaboral.com, 1. 3. 2014

Korea: ITF verurteilt Behandlung Bahnbeschäftigter

Im Dezember 2013 traten Mitglieder der Korean Railway Workers' Union (KRWU) gegen geplante Privatisierungsmaßnahmen in einen 23-tägigen Streik. Daraufhin wurden vier Gewerkschaftsführer für ihre Rolle bei der Organisation des Arbeitskampfes inhaftiert. Die ITF hat Meldungen über die Freilassung der Gewerkschafter am 20. Februar 2014 gegen Kautionsbegrüßung, zeigt sich jedoch alarmiert im Hinblick auf das im Laufe dieses Monats angesetzte Gerichtsverfahren. Des Weiteren kündigte der Arbeitgeber, Korail, Disziplinarmaßnahmen gegen 404 KRWU-Mitglieder an, die in den Streik involviert waren. Von diesen Beschäftigten wurden bereits 130 entlassen (einige davon mit reduzierter Abfindung) und 251 vom Dienst suspendiert. Korail hat ferner eine zivil- und strafrechtliche Klage auf Schadensersatz in Höhe von fast 15,2 Mrd. Südkoreanischen Won gegen die Gewerkschaft und ihre Führungsspitze erhoben; zudem wurde ein Bankkonto der Gewerkschaft gesperrt. Am 25. Februar organisierte die KRWU daraufhin eine 24-stündige Arbeitsniederlegung in Seoul. Dabei wurde am Nachmittag gemeinsam mit anderen koreanischen Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen eine Massenkundgebung veranstaltet, an der auch der geschäftsführende ITF-

Generalsekretär Steve Cotton teilnahm. Beschäftigte, die diese Aktion unterstützten, wurden im Folgenden von Korail als „abwesend ohne Erlaubnis“ eingestuft und ihre Bezahlung dementsprechend gekürzt. Das Unternehmen hat mittlerweile gegen 138 am Streik beteiligte Beschäftigte vor Gericht Anklage erhoben und plant, dies auch gegen 118 weitere Personen zu tun. Das Vorgehen Korails wurde auf internationaler Ebene scharf verurteilt. Die ITF, der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) und die Internationale der öffentlichen Dienste (IÖD) riefen den koreanischen Staatspräsidenten zur Intervention auf. Desweiteren trafen sich der Vorsitzende der ITF-Sektion Eisenbahn Øystein Aslaksen und der Sekretär der ITF-Binnenverkehrssektionen Mac Urata am 20. Februar in Paris (Frankreich) mit dem koreanischen OECD-Repräsentanten. Urata erklärte: „Disziplinarmaßnahmen gegen Gewerkschaftsmitglieder müssen zurückgenommen, entlassene Beschäftigte wiederingestellt und die Anklagen gegen die vier KRWU-Führungskräfte fallen gelassen werden. Die ITF steht ihren angeschlossenen Gewerkschaften bedingungslos zur Seite und wird weiterhin mit allen nötigen Mitteln Unterstützung leisten.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 6.3.2014

China: IBM-Arbeiter streiken

Rund tausend Beschäftigte bei IBM im chinesischen Shenzhen haben am 3. März die Arbeit niedergelegt. Mit dem Streik protestieren sie gegen den Verkauf von IBMs Servergeschäft an Lenovo und gegen exzessive Überstunden. Lenovo hatte Ende Januar bekanntgegeben, dass es IBMs Abteilung für x86-Server übernehmen wird. Lenovo ist der größte Personalcomputerhersteller der Volksrepublik China und Weltmarktführer bei PCs. Die Arbeiter werfen IBM vor, Verträge ohne angemessene Abfindung zu kündigen. Die Beschäftigten, von denen viele schon über zehn Jahren bei IBM arbeiten und oft genug in einem 15 Stunden-Tag, soll „Abfindungen“ von etwa 1000 US Dollar pro Kopf bekommen. Die Arbeiter fordern höhere Abfindungen und Löhne sowohl für die ausscheidenden als auch die überwechselnden Kollegen. Mit Parolen wie „IBM ist ein Sweatshop“ und „Wir sind keine Ware“ forderten sie die Aufrechterhaltung der Produktion. Die Stadtverwaltung von Shenzhen forderte die Belegschaft auf, eine Verhandlungskommission zu wählen, um dreiseitig eine Lösung zu finden. Polizeiwagen fuhren vor dem Werk auf, griffen aber bisher nicht ein.

Quelle: <http://www.randzone-online.de>, www.euronews.com, 7.3.2014

Offener Brief zum Hochschulzukunftsgesetz NRW

DÜSSELDORF. Unter dem Motto „Für eine demokratische Hochschulverfassung und eine Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung“ hat am 10. März der NRW-Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit 50 erstunterzeichnenden Professoren eine Unterschriftensammlung für eine tiefgreifende Überarbeitung des vorliegenden Entwurfs eines Hochschulzukunftsgesetz NRW gestartet. Mit gleichem Anliegen wenden sich heute sechs zivilgesellschaftliche und hochschulnahe Organisationen und Initiativen mit einem offenen Brief an die NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze. Beide Aktionen sind scharf abgegrenzt gegen den wütenden Protest, der gleich nach Veröffentlichung der Gesetzesvorlage von Hochschulleitungen und aus Wirtschaftskreisen vorgetragen wurde. Dieser Protest dient ausschließlich der Wahrung von Privilegien und lukrativen Handlungsspielräumen, die 2007 nach Vorarbeit der Bertelsmann-Stiftung durch den damaligen FDP-Minister Pinkwart mit dem so genannten Hochschulfreiheitsgesetz entstanden waren. Damit wurde zugleich die Umorientierung der NRW-Hochschulen vollzogen, die fortan als unternehmerische Hochschulen agierten. Qualität und gesellschaftliche Verantwortung von Forschung und Lehre trat damit in den Hintergrund. Unter dem Primat der Betriebswirtschaft wurde die Drittmittelekquise zum Kerngeschäft. Wettbewerb wurde zum Leitmotiv der Hochschulentwicklung. Wirtschaftskreise gewannen über die Hochschulräte maßgeblichen Einfluss auf die Forschung und Lehre. Die Beschäftigungsverhältnisse eines großen Teils der Hochschulbeschäftigten wurden prekariisiert. Dieser unternehmerischen Ausrichtung der NRW-Hochschule wollte Ministerin Schulze mit dem Hochschulzukunftsgesetz entgegenwirken. Die Gesetzesvorlage wird diesem Anspruch nicht gerecht. Der unternehmerische Charakter wird nicht in Frage gestellt. Die zu Recht angestrebte Transparenz kann leicht umgangen werden. Eine wirklich demokratische Mitbestimmungsregelung ist nicht vorgesehen. Die Beschäftigungsverhältnisse sollen nach wie vor privatwirtschaftlich angelegt sein. Wege zur tatsächlichen Realisierung des im Entwurf explizit vorgesehenen Beitrags der Hochschulen zu einer „nachhaltigen und friedlichen Welt“ werden nicht aufgezeigt. Diese und weitere Mängel werden im hier vorgestellten offenen Brief aufgezeigt. Die Ministerin wird aufgefordert, die Gesetzesvorlage grundlegend zu überarbeiten, die Kritik der Hochschulleitungen und von Wirtschaftskreisen zurückzuweisen und sich auf einen konstruktiven Dialog

mit den Befürwortern einer demokratischen Reform der NRW-Hochschulen einzulassen.

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – BdWi | freier Zusammenschluss von studentInnen-schaften – fzs | Attac NRW | GEW-Studis – Landesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW NRW | Arbeitskreis Bildung & Erziehung bei Attac Köln – AK:BE | Arbeitskreis Zivilklausel der Universität Köln – <http://www.abs-bund.de/>



Demos in sieben Landeshauptstädten für echte Energiewende

HAMBURG. Als „das drängendste Problem“ hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Energiewende unlängst bezeichnet. Das verheiß nichts Gutes. Schon die ersten Vorstöße der neuen Regierung machen klar: Nach der Photovoltaik soll es nun der Windkraft an den Kragen gehen. Kein Wunder, sind doch Solar- und Windkraftanlagen zur ernsthaften Bedrohung für Atom- und Kohlekraftwerke geworden. Mit aller Macht sperren sich die Energiekonzerne noch gegen den unvermeidlichen Umbau der Energieversorgung. Statt ihre Kraftwerke zu drosseln, wenn viel Wind weht und viel Sonne scheint, verscherbeln sie lieber Strom zu Dumpingpreisen ins Ausland. Statt erneuerbare Energien auszubauen, reißen sie lieber Dörfer ab, um noch mehr Braunkohle durch den Schornstein zu jagen. Statt seit langem überflüssige AKW vom Netz zu nehmen, legen sie Gaskraftwerke still, die wir für die Energiewende dringend benötigen. Und statt sich mit Verve für intelligentes Lastmanagement und dezentral-flexible Stromerzeugung einzusetzen, wollen sie Vorhalteprämien für ihre Dreckskraftwerke raushandeln. Und die Regierung? Die scheut selbst vor üblen Rechentricks nicht zurück, um ausgerechnet die inzwischen billigsten Ökoenergien, Sonne und Wind an Land, als angebliche Preistreiber in Verruf zu bringen. So nicht! **Wir sind der Strom!** Wir lassen uns die Energiewende nicht kaputt machen, den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht deckeln. Wir wollen weg von der dreckigen Kohle und der hochriskanten Atomkraft. Wir haben ein Recht auf eine zukunftsfähige, dezentrale Energieversorgung, die weder unsere Heimat mit einem Super-GAU bedroht noch unser Klima zerstört. Dieses Recht lassen wir uns nicht von Konzernen und ihren HandlangerInnen im Regierungssessel nehmen. 16 000 waren wir auf der großen Demonstration Ende November in Berlin – ein beeindruckender Auftakt. Am Samstag, 22. März, um 13 Uhr legen wir nach. In sieben Landeshauptstädten – Kiel, Potsdam, Hannover, Düsseldorf, Mainz/Wiesbaden und München – gehen wir erneut für eine echte, ernsthafte Energiewende auf die Straße.

www.ausgestrahlt.de

Geschlechtergerechtigkeit bleibt Herausforderung – auch für die Bundesregierung

BONN. Frauen kommt bei der Bekämpfung von Armut, Hunger und Ungleichheit in der Welt eine Schlüsselrolle zu. Deshalb sollte die Bundesregierung mit gutem Beispiel vorangehen und eine aktive Gleichstellungspolitik – auch auf europäischer Ebene – vorantreiben. Dies fordert der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Venro) anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März. „Die Gleichstellung von Frauen bedeutet Fortschritt für alle, insbesondere in Entwicklungsländern, in denen 70 Prozent der Armen Frauen sind. Die Initiative des BMZ, ein neues Gleichberechtigungskonzept und einen Genderaktionsplan zu erarbeiten, ist zu begrüßen“, so Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath, stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Venro.

„Dabei muss sowohl Gendermainstreaming als auch Frauenförderung als Grundprinzip verankert werden. Zudem sollte Geschlechtergerechtigkeit verstärkt in den politischen Dialog auf allen Ebenen einfließen.“ ... Auch in den Verhandlungen zu einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda müsse die Bundesregierung darauf drängen, Geschlechtergerechtigkeit zu stärken. „Geschlechtergerechtigkeit muss beides sein – ein eigenständiges Ziel als auch ein Querschnittsthema, das bei der Verwirklichung der globalen Ziele durchgängig mitverfolgt wird“, fordert Randzio-Plath.

www.venro.de

Kindergeld: Paritätischer wirft Schäuble familienpolitische Ignoranz vor

BERLIN. Auf scharfe Kritik des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes stoßen die Pläne von Bundesfinanzminister Schäuble, die anstehende Kindergelderhöhung sowie eine Reform des Kinderzuschlags für arme Familien aus haushaltspolitischen Motiven bis auf weiteres zu verschieben. Es lasse jede soziale Sensibilität vermissen, wie die Bundesregierung das Ziel der Haushaltskonsolidierung zum Selbstzweck mache und dabei dringende sozialpolitische Reformen auf die lange Bank schiebe. Der Paritätische warnt vor gravierenden sozialen Verwerfungen und bekräftigt seine Forderung, große Vermögen und Einkommen stärker als bisher zur Finanzierung sozialer Reformen heranzuziehen.

„Es ist schon erschütternd, wie diese Große Koalition das Ziel der Haushaltskonsolidierung zum Selbstzweck ernannt, dabei jeden sozialpolitischen Gestaltungsanspruch aufgibt und letztlich eine weitere soziale Spaltung in Deutschland ganz bewusst in Kauf nimmt“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Ge-

samtverbandes. Verbesserungen gerade beim Kinderzuschlag für einkommensschwache Familien seien unter Experten völlig unstrittig, um die anhaltend hohe Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. „Wer Spitzenverdiener durch eine Anhebung des steuerlichen Existenzminimums entlastet, muss zwingend auch etwas für die Ärmsten tun. Alles andere ist sozial ungerecht und den Menschen im Übrigen auch nicht zu vermitteln“, so Schneider. www.der-paritaetische.de

Rundfunkbeitrag: Behinderte Menschen haben das Nachsehen

BERLIN. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) übt scharfe Kritik am aktuellen Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder zum Rundfunkbeitrag. „Anstatt mit den deutlichen Zuwächsen bei den Rundfunkeinnahmen soziale Härten für behinderte Menschen abzubauen, kommt jetzt eine Minusenkung unter den Vorgaben der Kommission zur Ermittlung des Rundfunkbeitrages. Damit bleibt den Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung nur sehr eingeschränkt am kulturellen Leben teilhaben können, die früher geltende Gebührenfreiheit verwehrt“, erklärt SoVD-Präsident Adolf Bauer. „Angesichts der sprudelnden Gebühreneinnahmen fordern wir erst recht die Rückkehr zu dieser bewährten Regelung! Wer aufgrund seiner Behinderung bei kulturellen Veranstaltungen außen vor bleibt, der muss dafür einen Nachteilsausgleich erhalten.“ Seit Anfang 2013 wird die ehemalige GEZ-Gebühr nicht mehr als eine geräteabhängige Gebühr erhoben, sondern beträgt für alle Haushalte pauschal 17,98 Euro pro Monat. Der SoVD befürwortet grundsätzlich die Umstellung auf einen haushaltsbezogenen Beitrag. Aus Sicht des Verbandes dient die neue Regelung der richtigen Zielstellung, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk künftig solidarischer zu finanzieren. Bereits vor Inkrafttreten der neuen Regelung hat der SoVD jedoch Nachbesserungen für behinderte Menschen und Beziehende kleiner Einkommen gefordert. Nötig sind aus Sicht des Verbandes zudem Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit.

www.presseportal.de

„Sofortiger Rüstungsexportstopp auch in die Ukraine!“

KÖLN. „Die Forderung der Fraktionsvorsitzenden der Grünen/EFA im Europäischen Parlament, Rebecca Harms, den Rüstungsexport aus der Europäischen Union an Russland sofort zu stoppen, ist angesichts der völkerrechtswidrigen Krimintervention, richtig und notwendig“, erklärt Paul Russmann, Sprecher der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! und Geschäftsführer von Ohne Rüstung Leben (ORL). „Doch ist sie längst nicht ausreichend.“ Vielmehr

müsse „auch ein sofortiges Rüstungsexportverbot aus der EU und aus Deutschland in die Ukraine verhängt werden“, fordert Russmann.

„Besonders makaber ist die Tatsache, dass Deutschland – trotz der desaströsen Menschenrechts- und Sicherheitslage – 2012 sowohl Kriegswaffen- und Munitionsausfuhren an Russland und an die Ukraine genehmigt hat“, kritisiert Jürgen Grässlin, Sprecher der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! und der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). „Wenn es zum Krieg zwischen Russland und der Ukraine kommen sollte, werden – einmal mehr – beide Kriegsparteien mit Kriegswaffen und Munition aus Deutschland aufeinander schießen und Menschen sterben. Wieder würden deutsche Militärfahrzeuge von beiden Konfliktparteien eingesetzt.“

„Mit Waffenlieferungen an Russland und die Ukraine hat die Bundesregierung erneut ihre eigenen politischen Grundsätze zum Rüstungsexport vom Januar 2000 gebrochen“, kritisieren die beiden Kampagnensprecher. Gemäß den politischen Grundsätzen dürfen keine Kriegswaffen an Länder geliefert werden, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht. Russmann und Grässlin verweisen auf die ungute Tradition langjähriger Kriegswaffenlieferungen an verfeindete bzw. kriegsführende Staaten wie Griechenland und die Türkei sowie Indien und Pakistan. „Damit muss endlich Schluss sein!“ www.dfg-vk.de



Sichere Abschiebestaaten für Roma oder: staatlicher Antiziganismus?

KÖLN. In der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD war es bereits angekündigt, jetzt liegt ein Gesetzesentwurf vor: Die Staaten Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Serbien sollen zu sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt werden. Dieser Gesetzesentwurf zielt einzig darauf ab, Asylverfahren von Roma beschleunigen und abgelehnte Asylbewerber schneller abschieben zu können. Eventuelle Klagen gegen Abschiebebescheide haben dann keine aufschiebende Wirkung mehr. Die Ausreisefrist beträgt eine Woche. Über Eilanträge soll das Gericht „grundsätzlich innerhalb einer

Woche“ entscheiden. Begründet wird die geplante Gesetzesänderung unter anderem mit dem Argument, dass Asylgesuche aus diesen Ländern aus „asylfremden Motiven“ gestellt werden und „offensichtlich unbegründet“ sind.

Das trifft nur zu, sofern man einer die systematische Verschränkung von Diskriminierung und Armut ignoriert, die für Roma in diesen Ländern zu einem massiven Elend führt. Das Konzept der „sicheren Herkunftsstaaten“ ist aus sich heraus diskriminierend. Es verstößt gegen internationales Recht. Ob einer Person Schutz gewährt werden muss, bleibt immer eine Frage der individuellen Fluchtgeschichte.

Werden die genannten Länder tatsächlich gesetzlich zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt, werden die Möglichkeiten für Roma, ihrer aussichtslosen Situation zu entkommen, massiv eingeschränkt. Sie haben dann faktisch keine Chance mehr, sich gerichtlich eine Duldung zu erstreiten und mittelfristig auch ein humanitäres Bleiberecht zu erhalten.

In amtlichen Dokumenten der serbischen Regierung ist von offenem Hass und von offener Gewalt gegen Roma die Rede. Eine Kommission der EU hat kürzlich erneut den fehlenden Schutz von Roma in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien kritisiert. Zahlreiche Berichte des UNHCR und von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen weisen nach, dass Roma elementare Menschenrechte nur bedingt in Anspruch nehmen können. Darum liegt beispielsweise die Lebenserwartung für Romafrauen in informellen Siedlungen bei nur 48 Jahren, wie das Ministerium für Menschenrechte und für Minderheiten 2009 in Serbien herausfand. Die Kindersterblichkeit ist drei Mal höher als im Landesdurchschnitt. Internationale Organisationen haben übereinstimmend festgestellt, die Situation der Roma in Balkan-Ländern ist katastrophal. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hält es für menschenrechtswidrig, massenhaft Menschen in Verhältnisse abschieben zu wollen, in denen sie gewaltförmiger Diskriminierung unterliegen. Umfassende Diskriminierung von Menschen müsste, ginge es menschenrechtsgemäß zu, als Fluchtgrund endlich anerkannt werden. Dazu wäre ein Verfahren bereitzuhalten, das fair ist und in dem sämtliche relevanten Bedrohungen, rechtlichen Einschränkungen sowie sozioökonomische Benachteiligungen ermittelt werden. Eine systematisch betriebene Diskriminierung oder Benachteiligung in ihrer kumulativen Wirkung kann sehr wohl Verfolgung, die folgenreiche Beeinträchtigung des Existenzrechtes von Menschen bedeuten und damit nationalen bzw. internationalen Schutz rechtfertigen.

www.grundrechtekomitee.de

Ford-Fiesta weiterhin in Köln?!

Die Ford Geschäftsleitung hat die PKW-Produktion in Köln in Frage gestellt. Der nächste Fiesta soll in Craiova (Rumänien) gebaut werden. Damit sind direkt 4000 bis 4500 Arbeitsplätze bei Ford bedroht (je nach genauer Abgrenzung) sowie etwa 1500 im angegliederten „Supplier Park“. Mittelfristig wird damit der gesamte Standort in Frage gestellt.

Zur (Vor-)Geschichte

Vor der Bankenkrise 2008 ff. wurden in Europa mit Russland über 17 Millionen PKW gebaut und zugelassen. Gerade in Russland boomte der Markt und es wurde allein für Russland über vier Millionen verkaufte PKW vorausgesagt. Generell gingen Automobilexperten der Industrie davon aus, dass das PKW-Verkaufsvolumen zügig auf über 20 Millionen Fahrzeuge steigen würde.

Zu der Zeit waren alle europäischen Werke (Valencia mit Focus und Fiesta, Saarlouis mit Focus und C-Max, Genk mit Mondeo, S-Max und Galaxy, sowie Köln mit dem Fiesta und dem Fusion) sehr gut ausgelastet. In Köln wurde in 19 Schichten pro Woche mit einer Tagesbaurrate von 1920 PKW produziert. Es wurde Sonderschichten gefahren.

Der europäische Vorstand sah dringenden Bedarf für zusätzliche Kapazitäten, um das weitere Wachstum bedienen zu können, und mit der aggressiven Modelloffensive Reserven für höhere Marktanteile zu haben.

Da gerade in dieser Zeit Produktionsverlagerungen nach Osteuropa „modern“ waren, suchte man nach Möglichkeiten für ein Werk im Osten. Da kam das alte Daewoo-Werk in Craiova (die Hauptstadt der Walachei), das nach der Auflösung von Daewoo durch die Investorengruppe um GM verkauft werden sollte. Der EU-Strukturfond gab billige Kredite, die rumänische Regierung Gelder für Bodensanierung und machte Zusagen zum Infrastrukturausbau. Im Gegenzug machte Ford Zusagen über tausende von Arbeitsplätzen. Und alles schien gut, auch wenn es große Zweifel gab, ob dieser Plan nicht zu aggressiv ist.

Und dann kamen – im Wesentlichen – zwei Dinge dazwischen:

Die Bankenkrise und in der Folge die ökonomische Strangulierung vieler Nationalwirtschaften durch „Retzungspakete“ und Sparauflagen, sowie einen Wechsel zu konservativer (Austeritäts-) Politik. In der Folge brach der Automobilmarkt drastisch ein. Im schlechtesten Jahr wurden keine 13 Millionen PKW mehr verkauft. In den Mittelmeerländern haben sich die PKW-Zulassungen mehr als halbiert. Und gerade Spanien und Italien sind wichtige Fiesta-Märkte. Mehr als 80% der Kölner Produktion gehen in den Export. Bis heute sind wir nicht auf dem Vor-Krisenniveau angekommen. Die optimistischsten Prognosen für

dieses Jahr reden von etwa 15 Millionen.

Zusätzlich schottete Russland seinen Markt für PKW ab. Russland erließ ein Gesetz, dass Firmen, die nicht (in zeitlich steigenden) Anteilen im Lande produzieren und entwickeln, saftige Strafzölle für ihre KfZ-Importe zahlen müssen.

Daraufhin tat Ford, was (fast) alle taten: Sie gründeten ein Gemeinschaftsunternehmen mit einem alteingesessenen russischen Hersteller (Ford-Sollers), um schnell genug Kapazitäten in Russland aufbauen zu können.

Im Ergebnis gab es bei Ford Europa massive Auslastungsprobleme, die Kurzarbeit, den Wegfall von Schichten und Personalabbau nach sich zog. Dies wurde zwar durch verschiedenen staatliche Programme (in Deutschland zum Beispiel die „Abwrackprämie“) gemildert, aber wirkt bis heute nach.

Der Plan des europäischen Vorstandes war es in dieser Situation, sich mit der bestehenden Werksstruktur und den Kapazitäten durch die Krise zu „hungern“. Auch um im nächsten Boom schnell wieder hohe Stückzahlen liefern zu können.

Entsprechend wurde noch Anfang August 2012 vom CEO Ford of Europe Steven Odell die öffentliche Zusagen getroffen, dass der nächste Mondeo ab 2014 in Genk gebaut werden soll.

Dem US-Vorstand des Mutterkonzerns, in dem vor allem die Vertreter der Geldgeber sitzen, die Ford mit 21 Mrd US-Dollar 2008/9 vor der Pleite retteten, war das aber nicht recht. Da sich die Krise (sicherlich auch hausgemacht) in Europa – anders als in den USA – sehr in die Länge zog und Ford of Europe jährliche Defizite bis zu 2 Mrd Dollar erwirtschaftete, verlangten sie eine sofortige Kapazitätsanpassung. Nach dem Motto: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende, beschlossen sie die Schließung des Presswerkes in Dagenham, die Beendigung der Transitproduktion in Southampton (beides in England zum Sommer 2013) sowie die Schließung des Werkes Genk (in Belgien zum Ende 2014).

Wegen des immer noch schwachen Marktes ist Craiova zur Zeit nicht wirklich ausgelastet. Dort werden in einer Schicht etwa 300 B-Max pro Tag gebaut. Die Erwartungen des rumänischen Staates sind bis heute nicht erfüllt und der öffentliche Druck, endlich Arbeitsplätze zu schaffen, steigt.

Da hilft es wenig, dass demnächst die letzte Tranche des EU-Kredites zurückbezahlt werden wird.

Die weiteren Planungen zum Kapazitätsabbau drehen sich (natürlich?) um das „billige“ und fast leere Werk in Craiova. Insbesondere die deutlichen Unterschiede in den Löhnen in der Produktion machen das scheinbar attraktiv. In Köln verdient ein Arbeiter am Band etwa 2500 Euro. In Craiova wurden die alteingesessenen Arbeiter, die immerhin 750 Euro verdienten, in der Krise abgefunden und durch neue ersetzt, die jetzt deutlich unter 500 Euro verdienen.

Unter der irrigen – aber leider real getroffenen – Annahme, dass alle anderen Kosten im Wesentlichen gleich bleiben, schlagen solche Lohndifferenzen deutlich durch und Craiova erscheint als die ökonomisch beste Wahl.

Die nichtöffentliche Studie des Harbour-Reports zeigt, dass die Produktionseffektivität des Kölner Werkes die beste in Europa ist (gemessen in Arbeitszeit pro PKW). Aber selbst wenn in Craiova doppelt oder gar dreimal so viel Arbeitszeit nötig ist, um die Fiestas zu bauen, wären bei solchen Lohndifferenzen die Lohnkosten pro Fahrzeug immer noch deutlich günstiger in Craiova.

Zwar sind lediglich 8 % der Fertigungskosten direkte Arbeitskosten, aber auf dem heiß umkämpften Kleinwagenmarkt zählt jeder Euro. Daher hat der Europäische Vorstand dem Betriebsrat Ende 2013 auch deutlich gemacht, dass aus Ihrer Sicht der nächste Fiesta in Köln nicht profitabel zu bauen sei. In Craiova aber schon. Auch Bernhard Mattes eröffnete diesen Standpunkt der Kölner Belegschaft auf der Betriebsversammlung im Dezember.

Zwar erklärte Herr Mattes schon Ende 2013 öffentlich in Interviews, man würde mit der „Mitarbeitervertretung“ verhandeln, aber tatsächlich gab es solche Verhandlungen nicht. Der Plan war durch den US-Vorstand gesetzt und in Europa hatte niemand ein Mandat, darüber zu verhandeln.

Dabei übersieht die Fixierung auf die 8 % Arbeitskosten die anderen 92 % und dabei sind wichtige Bereiche, bei denen Köln deutliche Vorteile bietet:

Logistik und Transportinfrastruktur

Der Süden Rumäniens ist nicht gerade gut entwickelt, sonst hätte es ja keine Hilfen aus dem EU-Strukturfonds gegeben. Die Straßen sind alt und schmal. Die Schienen sind so marode, dass die Züge so langsam fahren müssen, dass anfangs die fertig montierten PKW auf den noch offenen Wagons von der armen Landbevölkerung demontiert wurden. Eine Schiffsanbindung ist nicht vorhanden. All dies erhöht die Transportrisiken, Aufwände und damit Kosten.



Eine Belegschaft, ein Ziel Fiesta in Köln

Lieferantennetzwerk

Effektive und Just-in-Time-Lieferung ist für ein einzelnes, isoliertes Werk nur schwerlich möglich. Schon gar nicht, wenn aus Westeuropa angeliefert werden muss. Ford will umgekehrt aber keine langjährigen Zusagen an die Lieferanten machen. Diese wollen und können nicht nur für das eine Ford-Werk ihre Produktion verlagern.

Verfügbarkeit von (hoch-)qualifizierten Arbeitskräften

Der Begriff Walachei steht im deutschsprachigen Raum nicht aus Versehen für das Ende der Welt. Craiova ist mit 270 000 Einwohnern weit und breit die größte Stadt. Für hochqualifizierte Arbeitskräfte (FacharbeiterInnen und IngenieurInnen), die nicht nach Westeuropa auswandern, gibt es in Rumänien deutlich attraktivere Regionen zum Leben. Schon heute hat Ford Schwierigkeiten, gute Ingenieurinnen und Ingenieure für die Planung und Überwachung der Produktion zu finden.

Vernetzung mit der Produktentwicklung

Empirische Studien belegen Innovationsvorteile, wenn Produktentwicklung und Produktion dicht bei einander sind. Diese Vorteile gingen in Köln verloren.

Nicht nur, um die Arbeitsplätze hier zu retten, sondern auch, um wirtschaftlichen Unfug zu vermeiden, forderte der Ford-Betriebsrat von Anfang an, nicht nur über Arbeitskosten zu reden, sondern in eine Gesamtkostenbetrachtung einzusteigen.

Am 14. Februar rief der Betriebsrat die Kolleginnen und Kollegen zu drei Informationsveranstaltungen auf, eine im eigentlichen Werk in Niehl, eine

im Zulieferpark und eine gemeinsam für Ersatzteillager und Produktentwicklung in Merkenich. Es kamen etwa 14 000 Beschäftigte – deutlich mehr als bei jedem Warnstreik. Bis weit ins untere Management reichte die Unterstützung.

Dieses Signal der Geschlossenheit machte den nötigen Eindruck auf die Geschäftsleitung. Steven Odell will

sich in den USA dafür einsetzen, dass, wenn der ehrliche Kostenvergleich mindestens einen Gleichstand der Kosten zeigt, der Fiesta in Köln bleibt.

Auf der Betriebsversammlung vom 11.3.2014 sagte Mattes, „wir verhandeln mit dem Ziel, die Voraussetzungen zu schaffen, das der Fiesta in Köln bleiben könne“.

Das ist noch ein langer Weg.

Hans Lawitzke, (aus Lokalberichte Köln 5/2014)

Mannheim

Brand in U 5 mit drei getöteten Kindern

Tödliche Mischung aus „Wohlstandsgefälle“, prekärem Arbeits- und Wohnungsmarkt und -Illegalisierung

Die Betroffenheit war wieder groß, der für Sicherheit in Mannheim zuständige Dezernent Christian Specht (CDU) eilte nachts zur Unglücksstelle und sprach der 22-jährigen Mutter, die ihre drei Kinder verloren hatte, bei der Totenfeier in der großen Moschee am Luisenring seine Anteilnahme aus. Die Familie gehört zur türkischsprachigen Minderheit in Bulgarien. Herr Specht gehört zur „Arbeitsgruppe Südosteuropa“.

Noch in der Brandnacht zeichnete sich ab, dass es sich wohl nicht um einen ausländerfeindlichen Brandanschlag gehandelt habe. Es war ziemlich schnell klar, dass es ein „Anschlag“ der lebensfeindlichen Armutsverhältnisse war.

Kein Mensch ist illegal

Im Verlauf der Untersuchungen schälte sich heraus, dass ein fehlerhaft verlegtes Kabel in der Küche der Zwei-

zimmerwohnung den Brand verursacht habe. Der zu geringe Kabelquerschnitt habe zu einer Überhitzung der Stromleitung geführt. Vor allem aber sei – nach Informationen des „Mannheimer Morgen“ vom 28.2. – die Stromversorgung von der darunter liegenden Wohnung mittels eines von Fenster zu Fenster gezogenen Kabels abgezapft worden. War da vielleicht der Zähler kaputt oder gar gesperrt? Am 8.3. erfahren wir aus dem MM

eher beiläufig, die Mutter habe in der Unglückswohnung „illegal mit den Kindern gelebt“. Gegenüber wohnen Schwester und Schwager, die die junge Frau nun auch beherbergen. Ihr Mann habe sie verlassen. War die EU-Bürgerin nicht gemeldet? Oder lebte sie in der Wohnung, weil diese gerade frei war, ohne Mietvertrag? Bekam sie keine Leistung nach SGB II? Wie kann jemand aus der EU „illegal“ sein? Fürchtete sie die „Rückführung“, da mittellos?

Ihr Wohnhaus gehört zu den 107 Liegenschaften, die von der „Arbeitsgruppe Südosteuropa“ mittlerweile als „Problemimmobilien“ geführt werden. Es sei nicht die krasseste dieser Immobilien: neun Parteien mit 45 gemeldeten BewohnerInnen. Keine Matratzenlager. Aber die Stromversorgung gab bereits nach einer Begehung im November 2013 Anlass zu einer Auflage an den Vermieter, die Mängel zu beheben. Der konnte auch die Beauftragung eines Fachbetriebes nachweisen, aber eben nur dies und nicht die Reparatur selbst. Allerdings ist der Bezug von Strom hinter einem anderem als dem vorgesehenen Zähler nicht das Problem einer Fachfirma, sondern eher des Sozialamtes.

Nicht die Menschen sind das Problem, sondern der Arbeits- und Wohnungsmarkt

Ohne weiter spekulieren zu wollen und ohne die Menschen, um die es geht, zu kennen: Hier ist eines jener südosteuropäischen Schicksale erkennbar, deren Ankunft in der Bundesrepublik als „Problem“ hingestellt wird. Angeblich „belasten“ sie die Stadtteile, wo sie Unterkunft suchen und finden und die im Zweifelsfall dann in „Problem-Immobilien“ hausen müssen.

So jedenfalls ist der Tenor der Presseberichterstattung. So sieht es auch die Stadtverwaltung: Das „Problem“ sei die Armutswanderung.

Die wievielte „Armutswanderung“ ist das denn in eine Stadt wie Mannheim? Seit 1945 gab es die Ankunft der aufgrund des deutschen Angriffskrieges aus den ehemals deutschen Ostgebieten Geflohenen und Vertrieben. Nach der ersten Hochphase des „Wirtschaftswunders“ gab es die Ankunft der jungen, kräftigen Südtaliner, die der dortigen Armut entflohen und dem Ruf der deutschen Unternehmer nach frischen Arbeitskräften folgten. Es kamen Griechen, Spanier, Portugiesen, es kamen Jugoslawien (darunter ca. 20% Roma, die aber als solche nicht auffielen), es kamen die Menschen aus der Armut Anatoliens und sonstiger türkischer Regionen – von den Anwerbebüros der Arbeitsverwaltung noch in der Heimat gemustert und verlesen. Die Wohnungsversorgung für diese Arbeitskräfte und die nachziehenden

Familien war anfangs auch durch Matratzenlager und Massenunterkünfte geprägt – die anwerbenden Unternehmen dachten nicht daran, für menschenwürdige Wohnungen zu sorgen. Aber die Angeworbenen verdienten wenigstens Geld, wenn auch zunächst am unteren Ende der Skala.

Nicht zu vergessen sind auch die Flüchtlinge aus den zahlreichen Kriegen, an denen das „westliche Verteidigungsbündnis“ oft wesentliche Verantwortung trägt, wie auch die Flüchtlinge aus den vom Kolonialismus schwer gezeichneten Weltregionen. Sie alle kommen, weil der Arbeitsmarkt jener Wirtschaftsmacht, die ihnen allenthalben als eine der stärksten schon begegnet ist, die besseren Überlebenschancen bietet, wenn auch für die meisten zunächst voller Demütigungen. Die gut qualifizierten, die Ärzte und Informatiker, dürfen gerne kommen und bleiben, und sie können sich auch auf dem Wohnungsmarkt besser, wenngleich oft auch nur unter Schwierigkeiten versorgen.

Wo bleibt die „Arbeitsgruppe Soziale Wohnungspolitik“?

Die Stadt Mannheim, die vor 400 Jahren aus herbeigerufenen gewerbetreibenden Glaubensflüchtlingen zusammengestoppelte „weltoffene“ Stadt, kann sich auch zukünftig vor dem Schrumpfen nur durch eine kräftig positive Wanderungsbilanz retten. Diese Stadt hat kein Wanderungs„problem“, sondern sie hatte immer wieder und sie hat auch gegenwärtig ein Wohnungsproblem, und zwar vor allem im „Unterhaus“.

Wenn allein schon die Ausquartierung von 200 Migrantenfamilien aus dem Asylbewerber„wohnheim“ in Normalwohnungen die Verantwortlichen an den Rand des Leistbaren bringt, weil einfach keine preisgünstigen Wohnungen vorhanden sind, dann ist das ein Wohnungs- und kein Flüchtlingsproblem.

Dieses Wohnungsmarktproblem besteht auch darin, dass das „untere Ende“ des Wohnungsangebots von den Vermietern der „Problemimmobilien“ beherrscht wird und nicht z.B. von der städtischen GBG. Diese bekommt von der öffentlichen Hand nicht die Finanzmittel, die für sozialen Wohnungsbau nötig wären, sondern sie muss den Kommunalhaushalt jährlich mit 1,5 Mio. Euro unterstützen. Dies ist ein Versagen der seit zwei Jahrzehnten herrschenden Wohnungspolitik.

Die Konsequenz kann nur heißen: Die „Arbeitsgruppe Südosteuropa“ sollte möglichst rasch umfirmieren in eine „Arbeitsgruppe Soziale Wohnungspolitik“. Das wäre für alle gut, nicht nur für „Südosteuropäer“.

Und noch eine „Arbeitsgruppe“ wäre fällig ...

Die Mannheimer Ausländerbehörde, die – hätte man sie gelassen – das „Problem Südosteuropa“ am liebsten mit „ordnungspolitischen“ Vertreibungs-schikanen „gelöst“ hätte, hat auf die von der EU produzierte Freizügigkeitsfalle ausgesprochen gehässig und illegalitätsfördernd reagiert. Es geht um die Reisefreiheit der ArbeitsmigrantInnen aus Bulgarien und Rumänien ohne Arbeitsfreiheit. Der einzige Ausweg für die Eintreffenden war die Erlangung eines Gewerbescheins. Die Verwaltung in Mannheim ersann allerhand Bedingungen, die von den Antragstellern praktisch nicht erfüllt werden konnten. Besonders überprüfte man, ob nicht etwa „Scheinselbstständigkeit“ vorliege, obwohl es sich von vornherein um ein Überbrückungsproblem bis 31.12.2013 handelte. Denn seit 2014 haben auch diese Menschen Arbeitserlaubnis.

Wenn also z.B. eine Rumänin als „Selbstständige“ für einen Hungerlohn in eine Kneipe putzen ging, wurde sie gefragt, von wem denn der Putzeimer gestellt werde, ob er tatsächlich ihr eigenes „Betriebsmittel“ sei. Wenn sie dies arglos verneinte, war schon wieder eine „Scheinselbstständige“ entlarvt und ein Gewerbeschein! Zufrieden stellte die Ausländerbehörde 2013 (noch unter Bürgermeister Specht) in einer Antwort an den Bezirksbeirat Schwetzingenstadt/Oststadt fest: „Die Zahlen aus dem Gewerberegister untermauern, dass der Stadtteil Schwetzingenstadt kaum durch südosteuropäische Scheinselbstständige belastet ist.“ (BBR-VzV019/2013). „Belastet“ sind wohl eher die Menschen, die unter unwürdigen Bedingungen als Scheinselbstständige und damit unter dem Druck der Illegalität arbeiten. Auch die Existenz des „Arbeitsstrichs“, dessen Lohnskala nach unten offen ist, verdankt sich dem offiziellen Arbeitsverbot.

Wer mit seiner Arbeit seinen Lebensunterhalt verdienen kann, am besten durch einen Mindestlohn von 10 Euro abgesichert, ist nicht auf Matratzenlager und auf abgezapften Strom angewiesen. Er / Sie kann sich eine anständige Wohnung leisten – vorausgesetzt, der „Markt gibt sie her“.

Wer als verantwortlicher Politiker wohlfeilen Abscheu vor „ausbeuterischen Bedingungen“ äußert, unter denen die „Südosteuropäer“ wohnen und arbeiten, muss auf die Änderung der Arbeitsgesetze und -bedingungen drängen anstatt sie pingelig genau anzuwenden, um MigrantInnen mit diesen Gesetzen abzuwehren und zu vergraulen.

Thomas Trüper

Bochum: Mehr Transparenz bei den Aufsichtsräten

Die Bochumer Linksfraktion hat mit einem Antrag für mehr Transparenz bei den Aufsichtsräten der städtischen Gesellschaften eine breite Debatte angestoßen und dazu beigetragen, dass der Rat der Stadt einen einstimmigen Beschluss in diese Richtung gefasst hat.

Nicht nur in Bochum sind wesentliche Angelegenheiten der öffentlichen Daseinsvorsorge in Unternehmen mit privater Rechtsform ausgelagert. Durch diese „Flucht in das Privatrecht“ kommt es zu einem Widerspruch. Das Kommunalrecht geht weitgehend vom Grundsatz der Öffentlichkeit aus, weil für die Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen, die die öffentliche Daseinsvorsorge und die öffentlichen Sachen betreffen, transparent und nachvollziehbar sein sollen. Für Aktiengesellschaften und bei GmbHs mit obligatorischen Aufsichtsräten (i.d.R. bei mehr als 500 Mitarbeiter/innen) greift aber das strenge Gesellschaftsrecht und damit nicht der Grundsatz der Öffentlichkeit. Es hat sich deshalb die Rechtsauffassung durchgesetzt, dass die Aufsichtsräte einer generellen Verschwiegenheitspflicht unterliegen, auch wenn es tatsächlich um öffentliche Belange geht. Die Geschicke der städtischen Töchter werden so nicht mehr maßgeblich im Rat diskutiert und entschieden, sondern nur noch von einigen wenigen Aufsichtsratsmitgliedern, die nicht öffentlich tagen und an die Schweigepflicht gebunden sind. Obwohl diese Unternehmen öffentliches Eigentum sind, haben die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Eigentümer nur indirekte Informationsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten. Je mehr sich diese Unternehmen weiter verschachteln, umso geringer werden diese Rechte, bis sie fast verschwinden.

Die Linksfraktion Bochum hat deshalb beantragt, dass wenigstens die Sitzungen der Gesellschaften mit fakultativen (freiwilligen) Aufsichtsräten, ähnlich wie die Ratssitzungen, in einen öffentlichen und einen nicht-öffentlichen Teil aufgeteilt werden und die Geheimhaltungspflicht auf die nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte beschränkt wird. Außerdem soll der Rat vor allen wichtigen Entscheidungen der Aufsichtsräte angehört und die Protokolle des öffentlichen Teils der Aufsichtsratssitzungen den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Der Antrag lehnt sich an Gerichtsurteile des Bayerischen Verwaltungsgerichts Regensburg (Az. RN 3 K 04.1408) und des Bundesgerichtshofes (Az. III ZR 294/04) an. Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass der

Auskunftspflicht auch Betriebe der kommunalen Daseinsvorsorge unterliegen, die in Form von GmbHs geführt werden, aber unter beherrschendem Einfluss der öffentlichen Hand stehen. Das Verwaltungsgericht Regensburg hat ein Bürgerbegehren zugelassen, welches die Beschränkungen der Geheimhaltungspflicht der Aufsichtsratsmitglieder zum Ziel hatte. Das Gericht hat festgestellt, dass für fakultative Aufsichtsräte die strengen Bestimmungen des Aktiengesetzes nicht gelten, weil sie für diese ausgeschlossen oder eingeschränkt werden können.

Bereits in der letzten Legislaturperiode hatte die linke Fraktion in Essen einen ähnlichen Antrag gestellt, der dazu geführt hat, dass die fakultativen Aufsichtsräte zumindest teilöffentlich tagen. Auch in Bayern haben sechs Kommunen (u.a. Passau) öffentliche Sitzungen eingeführt.

In Bochum hat Rechtsdezernent Townsend vor der Ratssitzung mitgeteilt, dass er rechtliche Probleme sieht und vorgeschlagen, über externe Sachverständige und den Deutschen Städtetag eine rechtlich zulässige Lösung zu finden. Die Linksfraktion hat daraufhin aus diesem Vorschlag einen neuen Antrag gemacht, der abgelehnt wurde. Ein anderer Antrag von SPD und Grüne wurde aber einstimmig angenommen, der in abgeschwächter Form dem Anliegen der Linksfraktion entspricht. So soll jetzt die Verwaltung dem Rat eine rechtliche Bewertung vorlegen und ein Konzept entwickeln, welches die Transparenz und die Möglichkeit strategischer Steuerung der Beteiligungen im Rahmen des Beteiligungsmanagements verbessert, auch mit Blick auf die Öffentlichkeit von Aufsichtsratssitzungen. Leider wird so der Deutsche Städtetag nicht mit eingebunden, der für eine größere Öffentlichkeit sorgen könnte.

Denn die Kommunen bleiben bei diesem Problem weiterhin auf sich alleine gestellt. Aus einem Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums zur Aktienrechtsnovelle 2011, der zugelassen hätte, die Verschwiegenheitspflichten der Aufsichtsratsmitglieder bei öffentlichen Unternehmen aufzuheben und öffentliche Aufsichtsratssitzungen zu erlauben, ist nach Auskunft der Bundestagsfraktion Die Linke bis heute nichts geworden.

Thorsten Jannoff

Eschweiler beschließt Stromsozialtarif: ESCHWEILER. Der Antrag „Einführung eines Stromsozialtarifs durch die EWV“, der Linken im Rat der Stadt Eschweiler, wurde am 18.2.14 fraktionsübergreifend und mit großer Mehrheit angenommen. „Die Notwendigkeit des politischen Eingreifens auf kommunaler Ebene wurde auch bei CDU, SPD und UWG erkannt“, freut sich Albert Borchardt, Ratsherr der Linken in Eschweiler und Bürgermeisterkandidat. Unverständnis äußert Borchardt allerdings zur Haltung der Grünen. „Natürlich wäre eine Reduzierung des Stromverbrauchs sinnvoll, z.B. durch Austausch veralteter Geräte. Dafür fehlt vielen Menschen jedoch schlicht das nötige Geld. Die Verantwortung nun allein auf den Bund abschieben zu wollen und die Menschen mit ihren Problemen im Regen stehen zu lassen, ist doch keine soziale Lösung!“, kommentiert er verärgert die Argumentation der Eschweiler Grünen. „Solange es keine armutsfeste Grundsicherung gibt, ist ein Stromsozialtarif das einzige Mittel, einkommensschwache Haushalte vor Stromsperrern zu bewahren“, erklärt Harald Siepmann, „es ist richtig, dass Energieversorgung als Teil der Daseinsvorsorge anerkannt wird. Es ist ein Skandal, dass in unserem reichen Land immer mehr Menschen in ihren Wohnungen im Dunkeln sitzen und frieren müssen. Stromsperrern müssen verboten werden!“ „Kurse mit Anleitungen zum Stromsparen nutzen Menschen mit zu wenig Geld und stromfressenden Haushaltsgeräten reichlich wenig, um die ständig steigenden Energiepreise bezahlen zu können.“

www.die-linke.de/nc/politik/

kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen/

Behelfsunterkünfte in Turnhallen und Schulen verhindern:

ESSEN. Die Linke-Ratsfraktion reagiert mit Unverständnis auf Vorschläge von SPD und CDU die Beschlussfassung über das vorliegende Flüchtlingsunterbringung nicht in der kommenden Ratssitzung abzustimmen. Offenbar ist dies ein Kotau vor verbreiteten, zumeist irrationalen Protesten in Teilen der Bevölkerung. Diesen Protesten ohne Alternativen nachzugeben wäre erst recht Wasser aus den Mühlen von Rattenfänger am rechten Rand. Dazustellt Ratsfrau Gabriele Giesecke, für Die Linke im Sozialausschuss fest: „Nachdem der Rat der Stadt im letzten Herbst Standards für die Flüchtlingsunterbringung beschlossen hat, müssen diese jetzt auch umgesetzt werden. Die Verwaltung benötigt im Februar einen Beschluss, mit dem Bau neuer Übergangsheime zu beginnen, sonst droht die Gefahr, dass Flüchtlinge im kommenden Herbst in Turnhallen und anderen Behelfsunterkünften unter

unwürdigen Bedingungen untergebracht werden müssen.“ Änderungen des Asylverfahrensgesetzes durch den Bundestag, auf die SPD und CDU offensichtlich setzen, sind reine Spekulation. Die Aufnahme von Serbien und anderen Balkanstaaten als sogenannte sichere Drittstaaten würde zunächst an der Verpflichtung zur Unterbringung von Flüchtlingen aus diesen Staaten durch die Stadt Essen nichts ändern. „Selbst wenn die Flüchtlingszahlen auf dem derzeitigen Stand bleiben, wird auf jeden Fall Ersatz für die derzeit belegten Behelfsunterkünfte in den ehemaligen Schulen in Frintrop und Dilldorf benötigt. Darüber hinaus sieht die Verwaltungsvorlage ohnehin zeitlich versetzte Baubeginne für die unterschiedlichen Standorte vor. Hier kann jederzeit nachgesteuert werden. Darüber hinaus muss die Stadtverwaltung jetzt schnell das verbesserte Betreuungskonzept vorlegen, damit der soziale Frieden um die neuen Standorte herum sichergestellt werden kann“, so Giesecke abschließend.

www.linksfraktion-essen.de

Das Sozialticket gibt es von Anfang 2015 an: STUTTGART. In Stuttgart soll bis Anfang 2015 ein Sozialticket eingeführt werden. Dann wird die Monatskarte für zwei Zonen in der Landeshauptstadt für Bedürftige nur noch 30 Euro kosten. Bei einer Anhörung am Dienstagabend im Rathaus ging es auch um die Frage, in welchem Umfang die Kosten der Stadt steigen werden. Und die Forderung wurde laut, ein Sozialticket im gesamten VVS-Gebiet einzuführen. Bisher gibt es in der Landeshauptstadt zwar noch kein Sozialticket, aber die Stadt tut heute schon etwas für Geringverdiener und Arbeitslose zur Verringerung der Mobilitätskosten. So erhalten Inhaber der Bonus-Card, das sind unter anderem die Bezieher von Hartz-IV oder sogenannte Schwellenhaushalte mit niedrigem Einkommen, für ihre Monatskarte einen Zuschuss von 15,50 Euro. Dadurch kostet etwa das 9-Uhr-Umweltticket für zwei Zonen statt 60,70 Euro noch 45,20 Euro, das Jedermann-Ticket mit der gleichen Reichweite statt 78,50 noch 63 Euro. Letzteres soll für diese Gruppe künftig zum Preis von 30 Euro abgegeben werden. SPD-Stadtrat Manfred Kanzleiter, der sich neben Vertretern der Linkspartei bei der Anhörung für das Sozialticket stark machte, geht davon aus, dass die Ausgaben der Stadt von 2,1 auf 4,3 Millionen Euro steigen werden. Stadträtin Ulrike Küstler von der Linkspartei betonte, es könne nicht sein, dass die Stadt von April an ein vergleichbares Jobticket so subventioniere, dass es für den Beschäftigten noch 30 Euro koste, Hartz-IV-Empfänger aber deutlich mehr bezahlen müssten. Ein Betroffener erklärte: „Ich zahle

weiter 45,20 Euro – das ist eine eklatante Gerechtigkeitslücke.“ Der kaufmännische Vorstand der SSB, Jörn Meier-Berberich, nannte die Entscheidung für ein Sozialticket „einen gewaltigen Schritt nach vorn“, wobei ihm klar sei, „dass das den Betroffenen nicht ausreicht“. Dies hatte Siglinde Engelhardt vom Erwerbslosenausschuss der Gewerkschaft Verdi erklärt. Sie sagte, das Sozialticket dürfte nicht teurer sein als 20 Euro, da im Hartz-IV-Regelsatz für Fahrtkosten nur 19,90 Euro enthalten seien. Vertreter der Linkspartei aus der Region, so Regionalrat Christoph Ozašek und der Esslinger Kreisrat Peter Rauscher, forderten, das Sozialticket müsse auf die umliegenden Landkreise in der Region ausgedehnt werden.

www.stuttgarter-zeitung.de

München Pass: Kreis der Berechtigten ausweiten. MÜNCHEN. Antrag der Stadtratsgruppe der Linken: „Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende Juli 2014 ein Konzept zu entwickeln, wie der Kreis der Bezieher/innen des München-Passes auf alle Münchnerinnen und Münchner ausgeweitet werden kann, die von Armut bedroht sind. Dabei ist die Münchner Armutsrisikoschwelle zu berücksichtigen. Begründung: Bei der Wahlkampfveranstaltung des Bündnis München Sozial haben sich alle befragten Kandidatinnen und Kandidaten (Dieter Reiter, Josef Schmid, Sabine Nallinger, Brigitte Wolf) für eine Ausweitung des München-Passes ausgesprochen. In München leben etwa 250 000 Menschen in relativer Armut bzw. knapp über der Armutsgrenze. Bei einer solch parteiübergreifenden Einigkeit im Stadtrat sollte es ein Leichtes sein, den Kreis der Berechtigten für den München-Pass entsprechend auszuweiten. Damit würde für viele Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben der Stadt erleichtert.“

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Koalitionszusagen zur kommunalen Entlastung: Erst versprechen und dann brechen? BERLIN. DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke hat auf der Grundlage seines Beitrages „Erst versprechen und dann brechen?“ im „Handelsblatt“ die Bundesregierung mit Nachdruck aufgefordert, ihre im Koalitionsvertrag gemachten Zusagen zur kommunalen Entlastung auch einzuhalten. Die erste Entlastungsmilliarde müsse in den Bundeshaushalt 2014, der vom Bundeskabinett am 12.3.2014 verabschiedet werden soll, eingestellt werden. Darüber hinaus müsse die weiterhin zugesagte finanzielle Entlastung in Höhe von jährlich 5 Mrd. Euro noch in dieser Legislaturperiode erfolgen. Henneke kommentierte einen Gastbeitrag von Norbert Barthle, in dem dieser für die

Koalition in der Freitagsausgabe des „Handelsblattes“ angekündigt hatte, die erste Entlastungsstufe werde erst 2015, die zweite sogar erst in der nächsten Legislaturperiode in Kraft treten. Dieses Jahr sei in diesem Zusammenhang kein Geld vom Bund zu erwarten. „Das fällt unter die Kategorie versprochen – gebrochen“, so Henneke gegenüber dem „Handelsblatt“.

www.landkreistag.de/

Deutschland muss beim Breitbandausbau zulegen: BERLIN. In einem Statement gegenüber den Ruhr Nachrichten (Ausgabe vom 8. März 2014) hat DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg die Forderung der Städte und Gemeinden nach finanziellen Fördermitteln für den Breitbandausbau in den ländlichen Regionen bekräftigt. „Für Unternehmen und für Bürgerinnen und Bürger ist schnelles Internet die zentrale Infrastruktur. Arbeitsplätze, moderne Bildung, Gesundheitsdienstleistungen, Energieversorgung, fast alle Lebens- und Politikbereiche sind von leistungsstarken Netzen abhängig. Um den flächendeckenden Breitbandausbau weiter voranzutreiben sind neben verbesserten gesetzlichen Rahmenbedingungen deutlich mehr Fördermittel notwendig. Die bedauerlicherweise aus den Entwürfen des Koalitionsvertrages gestrichen vier Milliarden Euro des Bundes, sind dringend notwendig. Mindestens in gleicher Höhe sollte dieser Betrag durch die Telekommunikationsunternehmen co-finanziert werden. Der Bund muss sich aufgrund seiner gesetzlichen Infrastrukturverpflichtung finanziell stärker engagieren. Insbesondere der ländliche Raum darf vom Breitbandausbau nicht abgekoppelt werden. Fast die Hälfte der Wirtschaftsleistung wird hier erbracht. Daher ist eine leistungsstarke Breitbandinfrastruktur für den Wirtschaftsstandort Deutschlands von existentieller Bedeutung. Nach Expertenschätzung kostet ein umfassender Glasfaserausbau 70 bis 80 Mrd. Euro. Notwendig ist eine Digitalisierungsoffensive gemeinsam mit den Telekommunikationsunternehmen. In die von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt angekündigte Netzallianz Digitales Deutschland sind auch die Kommunen mit einzubinden. Auch die Länder sind in der Pflicht, den Breitbandausbau voranzutreiben. Beispielsweise hat gerade Bayern hier 1,5 Mrd. Euro an Fördermitteln den Kommunen zur Verfügung gestellt. Bürokratische Hürden in den Förderprogrammen sollten vermieden bzw. radikal abgebaut werden, um die Städte und Gemeinden in die Lage zu versetzen, den Ausbau zügig mit voranzutreiben.“

www.dstgb.de

(Zusammenstellung: ulj)



Tarifrunde ÖD 2014, 1. Verhandlungstag

Kay Herschelmann

Verdi: Die Schere schliessen

Im Vorfeld der zweiten Verhandlungsrunde der Tarifrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen am 20. und 21. März hat die Gewerkschaft Verdi zu massiven Warnstreiks aufgerufen, weil die Arbeitgeber noch kein Angebot vorgelegt haben. So haben sich am 18. März in NRW rund 45 000 Beschäftigte an stundenweisen bis ganztägigen Warnstreiks beteiligt. Ein Ziel von Verdi ist es, an die übrige Lohn- und Gehaltsentwicklung anzuschließen. Denn durch den demographischen Wandel und der Konkurrenz durch die Privatwirtschaft könnte es im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren in vielen Kommunen zu einem Fachkräftemangel kommen. Wir dokumentieren im Folgenden die wichtigsten Forderungen.

Thorsten Jannoff

„Im Vergleich zu anderen Branchen haben sich die Einkommen im öffentlichen Dienst unterdurchschnittlich entwickelt. Die Schere soll jetzt geschlossen werden ... Auch der öffentliche Dienst bleibt nur dann ein attraktiver Arbeitgeber, gerade für junge Leute, wenn er gute Einkommensbedingungen bietet Bereits heute gibt es in manchen Bereichen Fachkräftemangel. In den nächsten Jahren scheiden 20 Prozent der Beschäftigten altersbedingt aus.

3,5 Prozent, eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 100 Euro monatlich sowie die unbefristete Übernahme der Auszubildenden. Für den Nahverkehr soll es darüber hinaus eine Zulage von 70 Euro monatlich geben,

in den Krankenhäusern will man die Nachtzuschläge von 15 Prozent auf das Niveau der Nachtzuschläge im TVöD (20 Prozent) angleichen. Gleichzeitig spricht Verdi mit den Arbeitgebern über einen einheitlichen Urlaubsanspruch von 30 Arbeitstagen für alle Beschäftigten sowie über den Ausschluss von sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen, um jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu geben. Das Ergebnis soll zudem zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes übertragen werden ...

Unsere Forderungen sind notwendig!

Seit Jahren stattfindender Personalabbau, ständig wachsende Aufgaben, keine anständige Personalbemessung und Personalentwicklung machen die Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht gerade attraktiver, und schlechte Bezahlung macht es zunehmend schwerer, qualifiziertes Personal oder Nachwuchskräfte zu finden.

Damit es überhaupt noch läuft, arbeiten schon jetzt viele Kolleginnen und Kollegen über ihre Grenzen hinaus. Personalabbau führt nicht nur zu unerträglichen Belastungen, sondern erst recht dazu, dass die Verbliebenen immer mehr neue Aufgaben mit zusätzlichen Qualifikationen erledigen müssen. Ständiger Personalabbau gerade im Bereich der Fachkräfte und die Weigerung, die Auszubildenden unbefristet zu übernehmen, hat eine Überalterung zur Folge.

All das, die steigenden psychischen und physischen Belastungen und die Übertragung weiterer Tätigkeiten, bringt den Kolleginnen und Kollegen meistens nicht mehr Geld.

Deshalb müssen die Entgelte der Beschäftigten deutlich verbessert werden.“



Der Wettbewerb um Fachkräfte wird sich verschärfen. Deshalb muss der öffentliche Dienst mit entsprechenden (Einkommens-) Bedingungen ein attraktiver Arbeitgeber sein. Die Konkurrenz ist groß und schläft nicht ... Verdi fordert eine Anhebung der Entgelte um 100 Euro plus zusätzlich

Die Tarifrunde ist eröffnet

ver.di fordert für den öffentlichen Dienst:

- 30 Tage Urlaub für alle
- Übernahme aller Azubis
- Grundforderung 100 Euro
- + 3,5 %

Was für Dich drin ist? Jetzt rechnen! >

IG Metall zum TTIP: Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich bereits Anfang des Jahres zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP zwischen der USA und der EU positioniert (s. PB 2/14). Jetzt hat in der vergangenen Woche die IG Metall nachgelegt. Auch sie formuliert Bedingungen, die Voraussetzung für eine Zustimmung ist. (tja)

Abkommen nur mit höchsten Arbeits- und Sozialstandards

Mit einem Freihandelsabkommen wollen die EU und die USA den weltweit größten gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen. Dabei drohen Arbeitnehmerrechte, Sozialstandards und demokratische Prinzipien unter die Räder zu kommen. Wenige sollen auf Kosten von Vielen profitieren. Die IG Metall fordert deshalb den Stopp der Verhandlungen ...

Worum geht es beim transatlantischen Freihandelsabkommen?

Zurzeit verhandeln Vertreter der Europäischen Kommission und der USA übereintransatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership oder auch TAFTA – Transatlantic Free Trade Agreement). Ziel ist es, Zölle abzubauen, Standards beim Umweltschutz zu schaffen und technische Normen und Arbeitnehmerrechte anzugleichen. Kurz: Tarifäre und nichttarifäre Handelsbeschränkungen zwischen den USA und der EU sollen beseitigt werden.

Tarifäre und nichttarifäre Hemmnisse

Tarifäre Handelsbeschränkungen sind etwa Zölle, die bei der Einfuhr von Waren in ein Land erhoben werden, was diese für den Verbraucher teurer machen kann. Die Ursachen für nichttarifäre Handelshemmnisse liegen meist in unterschiedlichen technischen Standards, Regeln zur Produktqualität oder gesetzlichen Vorschriften für Waren und Dienstleistungen. Das betrifft zum Beispiel etwa Lebensmittel, Medikamente oder Autos. Vor der Einfuhr von Waren ist deshalb nachzuweisen, dass sie die Kriterien des Zielandes erfüllen. Das erhöht die Kosten für ihre Ausfuhr. Sind die Kriterien nicht erfüllt, kann der Import verboten werden. So dürfen zum Beispiel hormonbehandeltes Fleisch und mit Chlor behandelte Hühnchen nicht in die EU und französischer Schimmelkäse à la Roquefort nicht in die USA eingeführt werden.

Investitionsschutz

Parallel verhandeln die EU-Kommission und die Vertreter der USA über

ein so genanntes Investitionsschutzabkommen. Es soll ausländischen Investoren bei „direkter“ und „indirekter“ Enteignung ein Klagerecht gegenüber Staaten einräumen. Während der Staat im „direkten“ Fall ein ausländisches Unternehmen enteignet, kann das Unternehmen im „indirekten“ Fall klagen, wenn staatliche Entscheidungen seine Profitinteressen gefährden. Das kann der Fall sein, wenn ein Staat indirekt den Umsatz und Gewinn eines Unternehmens schmälert, indem er höhere Umweltauflagen oder mehr Arbeitnehmerrechte einführt. Ein solches Abkommen sichert Investoren ein völkerrechtlich abgesichertes Klagerecht gegenüber Staaten vor einem extra dafür einberufenen internationalen privaten Schiedsgericht. Nach Protesten von mehreren Seiten hat die EU-Kommission die Verhandlungen über den Investitionsschutz vorerst ausgesetzt.

Was soll das Abkommen bringen?

Mit dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA entstünde der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Der nahezu schrankenlose Handel soll laut Befürwortern die Produktivität steigern und die Importkosten und Preise für die Verbraucher senken. Ihr Versprechen: mehr Wachstum, mehr Wohlstand, mehr Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks. Die bislang dazu durchgeführten Untersuchungen zeigen jedoch, dass die Verheißungen höchst ungewiss und die positiven Effekte auf Wachstum und Arbeitsplätze eher gering sind.

Stand der Forschung

Die im Auftrag der EU-Kommission erstellte Studie des Centre for Economic Policy Research (CERP) basiert auf dem sehr optimistischen Szenario, dass alle Zölle und fast alle nichttarifären Handelshemmnisse fallen. Das Ergebnis: Das Bruttoinlandsprodukt der EU wächst dank des Freihandelsabkommens zusätzlich um 0,48 Prozent – in einem Zeitraum von zehn Jahren. Das ist im Schnitt ein Plus von 0,05 Prozentpunkten pro Jahr.

Das ifo-Institut hat im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung die Beschäftigungseffekte untersucht. Bei einer weitreichenden Liberalisierung des

Handels geht das Institut von einem Plus von 181 000 Arbeitsplätzen in Deutschland aus. Nimmt man alle Erwerbstätigen im Jahr 2012 als Ausgangspunkt, wäre das ein Anstieg von 0,4 Prozent.

Welche Risiken bestehen?

Kritiker sehen durch die TTIP die Arbeits-, Sozial-, Produkt- und Umweltstandards in den Mitgliedsländern in Gefahr. Sie befürchten, dass diese als Ergebnis der Verhandlungen auf dem jeweils niedrigsten Niveau angeglichen werden. Das würde die Lebensqualität der Menschen in Europa und Amerika entscheidend verschlechtern. Die Öffnung des europäischen Marktes für Chlorhühnchen, Hormonfleisch und nicht gekennzeichnete, gentechnisch veränderte Lebensmittel wäre dabei nur eine Seite der Medaille.

Folgen des Investitionsschutzes

Gewerkschaften stoßen sich vor allem am Investitionsschutz. Denn ein auf die Interessen der Investoren zugeschnittenes TTIP stärkt die Macht der Konzerne. Dadurch werden die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft massiv eingeschränkt.

Mögliche Folgen sind bereits heute zu beobachten: So hat der schwedische Energiekonzern Vattenfall die Bundesrepublik Deutschland wegen des Atomausstiegs auf Schadensersatz verklagt, weil das Stilllegen von Atommeilern den Gewinn des Unternehmens schmälert. Der Streitwert beträgt 3,7 Milliarden Euro, die – sollte Deutschland die Klage verlieren – vom Steuerzahler zu begleichen sind. In Ägypten geht ein französisches Unternehmen gegen die Erhöhung des Mindestlohns vor. Zwar sind die USA Mitglied der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), sie haben aber nur zwei der acht ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert. Nicht in Kraft gesetzt wurden Normen, die Grundlagen für gewerkschaftliche Aktivitäten und Tarifverhandlungen garantieren. Amerikanische Gewerkschaften befürchten deshalb, dass diese durch den geplanten Investitionsschutz auch in Zukunft nicht in den USA ratifiziert werden.

Die Beispiele zeigen: Unternehmen können auf Grundlage des Investiti-

onsschutzes das Stärken von Arbeitnehmerrechten oder höhere Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards juristisch bekämpfen.

Intransparentes Verfahren

Anlass zur Kritik gibt auch das Verfahren: Die TTIP-Verhandlungen sind alles andere als transparent. Auf welche Art und Weise die Freihandelszone geschaffen und überwacht werden soll, wird von einer kleinen Gruppe in außerparlamentarischen Gremien unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgehandelt. Die Zivilgesellschaft bleibt außen vor – und damit die demokratische Kontrolle.

Wirkung auf Drittstaaten

Wenn der Handel zwischen der EU und den USA durch das Fallen der noch bestehenden Schranken zunimmt, geschieht dies zu Lasten der Staaten, die nicht der Freihandelszone angehören. Das hat negative Folgen für ihre Wirtschaft. Auch das lassen die TTIP-Befürworter außer Acht.

Wie ist die Position der IG Metall?

Wie das Abkommen derzeit angelegt ist, profitieren Wenige auf Kosten von Vielen. Deswegen steht für die IG Metall fest: Ohne eingebauten Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz kein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA! Die Gewerkschaft fordert Regeln, die Arbeitnehmerrech-

te, Sozial- und Umweltstandards auf einem hohen Niveau schützen.

Verhandlungen stoppen!

Der zu erwartende Nutzen für Arbeitnehmer und Verbraucher ist zu gering, als dass die damit verbundenen Risiken eingegangen werden sollten. „Es geht ausschließlich um die Absenkung der Schutzmechanismen für Verbraucher und Arbeitnehmer“, sagt Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall, im Interview mit der „Frankfurter Rundschau“. „Wenn aber nur Schutzrechte für Verbraucher und Arbeitnehmer abgesenkt werden, sagt die IG Metall Nein“, begründet der Erste Vorsitzende die Forderung der Gewerkschaft nach einem Verhandlungsstopp.

Kein Investitionsschutz nötig

Das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA braucht aus Sicht der IG Metall keinen eingebauten Investitionsschutz. Die Rechtssysteme der Vertragspartner sind so weit entwickelt, dass sie Investoren ausreichend schützen. Der geplante Investitionsschutz würde den demokratischen Rechtsstaat untergraben, da er Unternehmen die Möglichkeit bietet, über private Schiedsgerichte nationale Gesetze und Gerichte zu umgehen. Damit würde der Handlungsspielraum demokratischer Staaten eingeschränkt. Die Zeche hätten die Steuerzahler zu zahlen: Sie müssten den ausländischen Unternehmen für ihre entgangenen Gewinne Schadensersatz leisten.

EnergiebranchesiehtimErneuerbaren-Energien-Gesetz Verbesserungbedarf. FAZ, Die., 25.2.14 – H. Müller, Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft, BDEW, nennt manche Vorschläge des Gesetzesentwurfs kontraproduktiv. So dürfe die Erzeugung eigenen Stroms seitens der Unternehmen nicht rückwirkend mit einem Teil der EEG-Umlage belastet werden. Damit würden z.B. auch Anlagen, die Strom und Wärme produzieren, belastet, während sie – weil ökologisch vorteilhaft – zugleich gefördert würden.

Machtkampf zwischen Ukraine und Russland belastet deutsche Wirtschaft.

FAZ, Mi., 5.3.14. – Etwa 6000 deutsche Firmen sind laut Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft in Russland aktiv. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) geht von 20 Milliarden Euro aus, die deutsche Firmen in russische Produktionsstandorte investiert haben. Die Autoindustrie, der Maschinenbau, Handels- und Stromkonzerne beobachten die politische Situation mit Sorge ... Noch gehe im Alltagsgeschäft alles seinen Gang, so V. Treier, DIHK. „Jetzt gibt es Befürchtungen auf beiden Seiten, dass sich die Beziehungen wieder verschlechtern könnten.“ Das Einfrieren von Konten als eine Sanktion gegen Russland würde die Wirtschaftsbeziehungen belasten. Denkbare russische Gegenmaßnahmen wären protektionistische Hürden, so Treier, oder Hindernisse beim Transfer von Gewinn nach Deutschland.

Bedingungen der Gewerkschaften

Die IG Metall und weitere DGB-Gewerkschaften würden dem Transatlantischen Freihandelsabkommen unter folgenden Bedingungen zustimmen:

- umfassende transparente und demokratische Beteiligung der Parlamente und der Zivilgesellschaften,
- klare, verbindliche und durchsetzbare Regelungen zum Schutz und Ausbau von Arbeitnehmerrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards. Keine Behinderung sozialer ökologischer staatlicher Regulierung. Dazu gehört auch die Möglichkeit, die öffentliche Auftragsvergabe an die Einhaltung sozialer Bedingungen zu knüpfen,
- das Abkommen muss sicherstellen, dass für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens dieselben Arbeitsstandards und -rechte gelten wie für andere Beschäftigte im Zielland,
- das Abkommen darf nicht zu einer Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Bereiche – insbesondere öffentlicher Dienstleistungen – führen, oder Reregulierungen behindern,
- das Abkommen darf keine Regelungen zum Investitionsschutz enthalten, die zu einer Beeinträchtigung von Arbeitnehmerrechten führen könnten, oder die Möglichkeiten des Staates beschränken, sinnvolle Regelungen im Interesse der Bevölkerung oder der Umwelt zu erlassen.
- Für die IG Metall ist es eine unabdingbare Voraussetzung für das Abkommen, dass die USA die Kernarbeitsnormen der ILO ratifizieren und umsetzen.

www.igmetall.de

Freihandelsgesprächen zwischen EU und USA stocken.

FAZ, Fr., 7.3.14 – Angesichts des wachsenden Protestes gegen die Praxis des Investorenschutzes, vor allem in Deutschland, hatte Handelskommissar K. De Gucht die Verhandlungen ausgesetzt. Mit dem Investorenschutz entstehe eine Art geheimes Parallelrecht für Unternehmen, mit dem sie Gesetze kippen können. Die EU-Kommission will Änderungsvorschläge machen. Der BDI schließt sich an, damit die Freihandelsgespräche nicht komplett scheitern. Bisher können sich Investoren vor internationalen Schiedsgerichten gegen die Entscheidung eines Staates wehren, wenn sie sich benachteiligt, unfair behandelt oder indirekt enteignet fühlen, sie können Schadensersatz erhalten. Allein Deutschland hat 130 Abkommen zum Investorenschutz abgeschlossen. Derzeit klagt z.B. Philip Morris gegen Australien wegen der dortigen Tabakgesetze und Vattenfall gegen Deutschland wegen des Atomausstiegs. Die Europäische Kommission will im Text des Abkommens verankern, dass aus Gründen des Umweltschutzes, der Gesundheit, des Verbraucher- oder Klimaschutzes Investorenschutz dann nicht mehr greift. Zusammenstellung: rst



Internationale
Arbeitsorganisation

Beschäftigung fördern,
Arbeitnehmer schützen

www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang--de/index.htm

Parteien müssen sich auf Kooperation mit Wählergruppen einstellen

Nach den Wahlen des letzten Herbstes konnte man noch annehmen, der Trend zu immer weiterer Aufspaltung des Parteiensystems sei gehemmt, wenn nicht gebrochen. Der Verlauf der bayerischen Kommunalwahlen zeigt nun ein anderes Bild. Trotz extrem hoher Zulassungshürde gelang es einer Vielzahl kleiner Parteien und teils neuer Wählerinitiativen, ausreichende Unterstützung zu mobilisieren und sich auch bei der Wahl selbst zu behaupten. Nach aktuellen Rundfunk und Pressemeldungen ist das ein landesweiter Trend. Hinzuzufügen wäre, dass es sich dabei nicht um ein Kommen und Gehen handelt, auch die bereits etablierten kleinen Parteien und Gruppen konnten ihre Positionen überwiegend halten. Ein Beispiel dafür ist die Bay-

ernpartei, zu der sich jetzt in Nordbayern mit der Partei „Die Franken“ ein Pendant gebildet hat.

Allgemein berichten die Medien, dass in den Rathäusern die Mehrheitsbildung schwieriger wird. Ob das nicht nur zu Koalitionen von SPD und CSU führt, sondern auch zu weiter gespannten Koalitionen unter Einbeziehung kleinerer Gruppen wird sich noch zeigen.

Viele Merkmale des landesweiten Trends zeigen sich auch in München, insbesondere der Trend zur Auffächerung des Parteiensystems. Sage und schreibe 14 Parteien und Gruppierungen traten an, 13 schafften es in den Stadtrat (5 mit je einem Mandat, 4 mit je 2 Mandaten, 1 mit 3 Mandaten nur 3 mit mehr Mandaten, s.a. Ergebnistabelle).

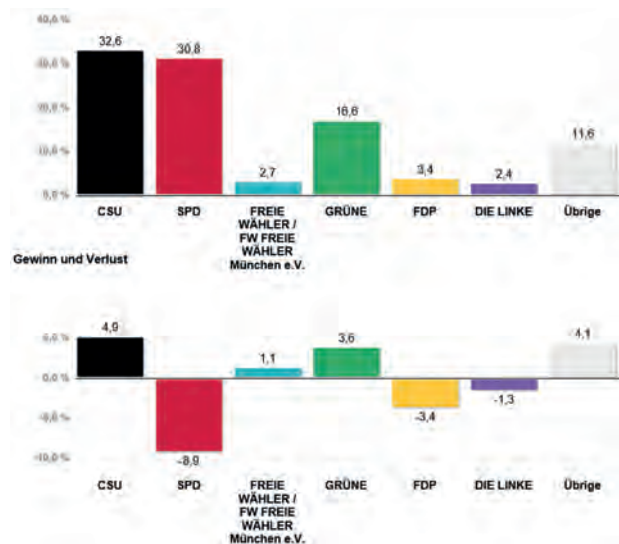
München: Nach 20 Jahren verliert Rot-Grün-Rosa die Stadtratsmehrheit

Der Münchner Stadtrat zählt 81 Abstimmungsberechtigte, (80 Stadträte + der direkt gewählte Oberbürgermeister). Fast 20 Jahre lang bestand für SPD + Grüne + Rosa Liste eine komfortable Mehrheit. Jetzt entfallen auf diese Parteien nur noch 25 SPD + 13 Grüne + 1 Rosa Liste = 39 Stimmen, falls Reiter, SPD, die Stichwahl gewinnt, wären es 40 und damit 1 zu wenig. Zerstoben sind auch die strategischen Hoffnungen der Grünen, zwischen SPD und CSU wählen zu können. Die Grünen konnten ihr Ergebnis verbessern, aber nicht ausreichend. Denn die CSU wurde mit 26 Mandaten zwar stärkste Partei wurde, da aber allgemein erwartet

wird, dass die Rosa Liste auf keinen Fall mit der CSU koalieren würde, langt es für Schwarz-Grün nicht, auch wäre eine solche Verbindung bei einem großen Teil der Grünen-Wähler äußerst unpopulär. Einen wichtigen Orientierungswert wird die Stichwahl zwischen Dieter Reiter, SPD, 1. Wg. 40,4% und Josef Reiter, CSU, 1. Wg. 36,7% liefern. Da sich am 1. Wahlgang 12 Parteien beteiligten, kann die vom statistischen Amt der Stadt inzwischen regelmäßig gelieferte Information über die Wählerwanderung praktisch politisch und analytisch sehr aufschlussreich werden: Wohin tendieren die Wählerschaft der Kleinen tatsächlich?

Die Wende der CSU

Vor sechs Jahren leistete sich die CSU, auch damals schon war Josef Schmidt OB-Kandidat, ein Plakat, das Fahndungsunterlagen der Polizei verarbeitete und zeigte, wie ein alter Mann in der U-Bahn von zwei Jugendlichen zusammengeschlagen wurde. Ausländerkriminalität! Schmidt verlor haushoch. Seither bewegt sich die Münchner CSU auf den Pfaden des Wandels, weg vom Pol der autoritären Gestaltungsansprüche der politischen Macht, der Kirche, der patriarchal gestalteten Familie und des Unternehmertums hin in Richtung Gleichberechtigung der Geschlechter, Autonomie bei der Gestaltung des persönlichen Lebensstils, und Partizipation in öffentlichen und übrigens auch in kirchlichen Angelegenheiten. Ein glücklicher Umstand war der Rücktritt des Papstes aus Bayern, der zu einer Entmystifizierung des Kirchenwesens beiträgt, verbunden mit dem Neuen im Vatikan, der soziale Verantwortung groß schreibt. Die CSU ist spät auf den Merckelschen Modernisierungskurs eingeschwenkt, hat ihn dann aber erweitert. Zum Politikstil der CSU gehört inzwischen die Verneigung vor dem gefühlten und geäußerten Bürgerwillen, der in Protestaktionen wie auch in Abstimmungen zum Ausdruck kommt. Die Modernisierungsdiskussion läuft in den „C“-Parteien schon lange. Am Münchner Ergebnis ist vor allem interessant, dass trotz eines breiten Angebots anderer Abstimmungsmöglichkeiten die CSU-Wählerschaft diesen Kurs – man kann schon sagen so gut wie geschlossen – mitgegangen ist. Die CSU ist einem Kandidaten gefolgt, der sich für



Partei	Stimmen	Prozent	Gewinn und Verlust	Sitze
CSU	11.110.852	32,6 %	4,9 %	26
SPD	10.510.881	30,8 %	-8,9 %	25
FREIE WÄHLER / FW FREIE WÄHLER München e.V.	905.289	2,7 %	1,1 %	2
GRÜNE	5.651.009	16,6 %	3,6 %	13
FDP	1.149.903	3,4 %	-3,4 %	3
DIE LINKE	825.437	2,4 %	-1,3 %	2
Rosa Liste	650.675	1,9 %	0,0 %	1
ÖDP	866.661	2,5 %	0,8 %	2
BP	291.742	0,9 %	-0,6 %	1
BIA	233.591	0,7 %	-0,7 %	1
AfD	851.063	2,5 %	2,5 %	2
DIE FREIHEIT	202.997	0,6 %	0,6 %	0
PIRATEN	400.758	1,2 %	1,2 %	1
HUT	459.578	1,3 %	1,3 %	1

Freiheiten der Lebensgestaltung ausspricht, für Bürgerbeteiligung offen ist und Verständnis für Menschen in sozialen Notlagen äußert. Auf einem anderen Blatt steht, was tatsächlich geschähe, wenn die CSU die bestimmende Kraft in der Stadt würde ...

Die Verluste im linken Spektrum

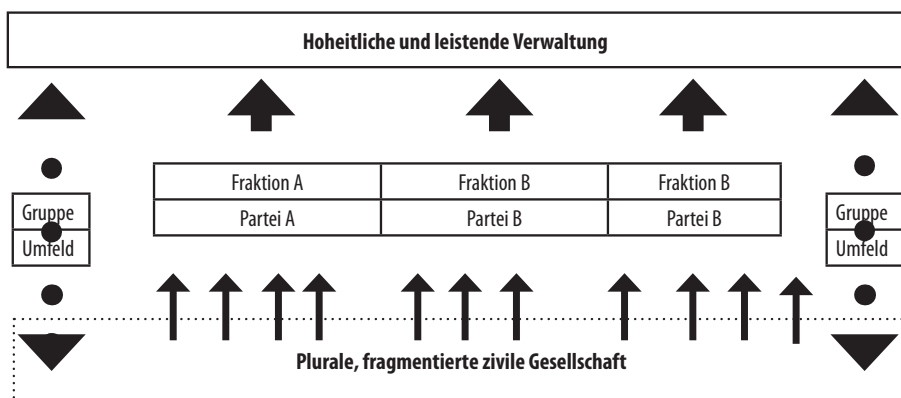
Die hier angelegte klassische Kontroverse der Perspektive sozialer Emanzipation oder Befreiung und Milderung der sozialen Not im Geiste der Nächstenliebe konnte sich in einem Wahlkampf nicht entfalten, den die regierende SPD unter der Losung „Damit München München bleibt“ führte. Die Münchner SPD hat gegen Ende der Ära Ude keine Möglichkeit mehr gefunden, die Kräfte der wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne sozialer und demokratischer Perspektiven auszunutzen. Die Chancen, die sich im Zuge der Ballung und der Zentralisation von Herrschafts- und Entscheidungszentren auftun, sind nicht für Alle gegeben. Verarmung und Abrutschen in prekäre Lebensverhältnisse sind Realität für viele und begründete Befürchtung für noch viel mehr. Viele Bürgerinnen und Bürger ziehen nüchtern Bilanz: Es gibt Chancen, aber für mich nicht. Somit liegt in den Verlusten einer SPD, die verspricht, dass es bleibt wie es ist, eine gewisse Logik. Laut ersten Untersuchungen hat die SPD vor allem an die Nichtwähler verloren. Die Verluste der Linken, mehr dazu weiter unten, gehen nur zum Teil auf dieses Konto. (Siehe dazu die Abbildungen auf Seite 22)

Der Rückgang der Wahlbeteiligung auf nunmehr nur 42% wird in Kommentaren der bayerischen Wahlforscher auf zwei unterschiedliche Momente zurückgeführt. Die einen gingen nicht hin, weil sie mit der Arbeit von Regierung und Verwaltung im Wesentlichen zufrieden sind, die anderen, weil sie sich von dieser Seite nichts versprechen.

Die Anordnung der Gruppierungen im Parteiensystem – eine Spekulation

Im Münchner Stadtrat sind, wie oben schon gesagt, 13 Parteien bzw. Wählergruppen vertreten. Offensichtlich sind die Wählerinnen und Wähler bei ihrer Entscheidung nicht mehr ausschließlich von dem Ziel bestimmt, für klare, entscheidungsfähige Mehrheiten zu sorgen. Sie haben ein Mobile gebastelt, das durch jeden Luftstrom der öffentlichen Meinung bewegt werden kann. Versehentlich? Absichtlich? Mit welcher Absicht? Mit welchen Folgen? Vielleicht hilft ein grob vereinfachendes Modell (siehe Abbildung oben) zum Verständnis für Struktur und Tücken der neuen Konstellationen.

In der Beziehung zwischen Bevölkerung – Parteien – Fraktionen – Räten – Verwaltung steht auf dem einen



Pol der geäußerte Wunsch oder das Bedürfnis des Publikums, auf dem anderen die Zuweisung von Leistungen und Sachen durch die Verwaltung. Parteiensystem und Fraktionswesen können in einem mehr technischen Bild als Programmschicht verstanden werden, die Impulse aus der Privatsphäre und der öffentlichen Meinung auffängt und verarbeitet.

Impulse, die aus der Bevölkerung kommen, werden im Parteiensystem programmatisch ausformuliert, durch den Wahlakt gewichtet, in den Ratsfraktionen der Parteien konkretisiert, im Zuge der Haushaltsberatungen priorisiert und von der Verwaltung verwirklicht. In diesem Entscheidungsgang können kleine und kleinste Gruppierungen fast nichts ausrichten. Insofern scheint das Wählerverhalten unlogisch.

Wenn man aber sieht, dass auf den Wegen von Protest, Partizipation und Bürgerentscheiden ein Informationsverarbeitungsprozess besteht, der das Parteiensystem umgeht, kann sogar das Einzelmandat wirksam werden, weil es Einblick in Arbeitsweise und Planungen liefert, die in Richtung Partei, Wählergruppe oder auch Bürgerinitiative geliefert werden, die politisch verbindliche Entscheidungen durch Mobilisierung der Öffentlichkeit erzwingen können.

Trotz ganz erheblicher Hürden entstehen Gruppierungen, deren Macht

sich nicht einfach aus der Anzahl der schließlich gewählten Repräsentanten ergibt, sondern mit dem in den Bahnen der direkten Demokratie und auch der direkten Aktionen mobilisierbaren Potentialen zu tun hat. Es geht dabei nicht nur um die Fähigkeit, ein politisches Ziel zu formulieren, sondern auch um die Macht, den gewöhnlichen Ablauf von Gesetzgebung, Verwaltung und Leistung zu stören. So finden kleine und kleinste Gruppierungen ihren Sinn bei den Menschen, die sich in ihnen finden und bei der Wählerschaft.

Ein Versuch, das Münchner Wahlergebnis von links nach rechts anzuordnen, ist mit vielen Fehlerquellen behaftet. Praktisch ordnen sich die Beziehungen, wenn der Umgang mit Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft oder in bedrängter sozialer Lage zur Sprache kommt.

Die Bereitschaft und Fähigkeit zur Wendung an das Publikum hängt mit dieser Links-Rechts-Anordnung offenbar nicht direkt zusammen. Das kann in einer zweiten Dimension des Bildes anschaulich gemacht werden (siehe unten).

Diskurstypen und Zusammenarbeit

Die Orientierung auf Mobilisierung mindestens blockierender und vielleicht entscheidender Potentialen der öffentlichen Meinung kann auf verschiedene Weise politisch realisiert werden. Die Informationen, die sich

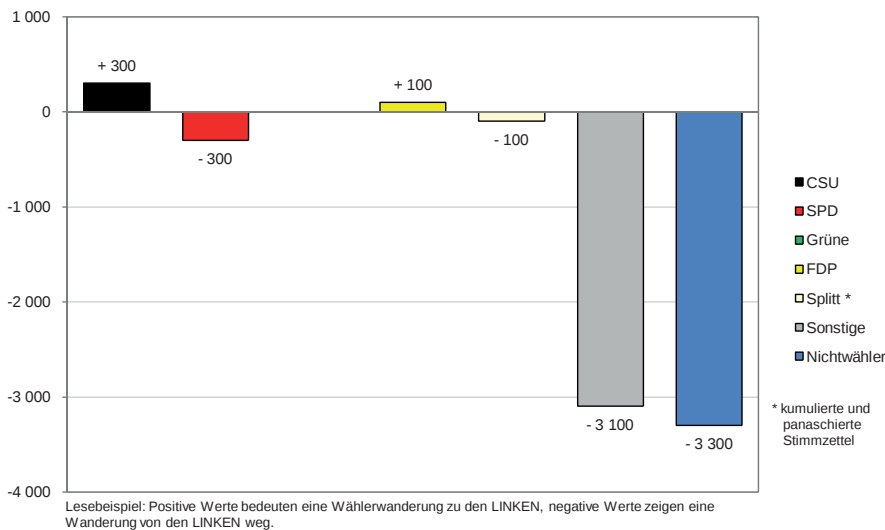
+ Menschenrechte, Soziale Belange, Emanzipation –												
-				SPD			CSU	FDP		BP		
				26			25	2		1		
+						Grüne			FW		AfD	
						13			2		2	
	Linke	Piraten	ödp	RosaL	HUT							BIA
	2	1	2	1	1							1

Wählerwanderungen bei den Stadtratswahlen 2008 und 2014 in München

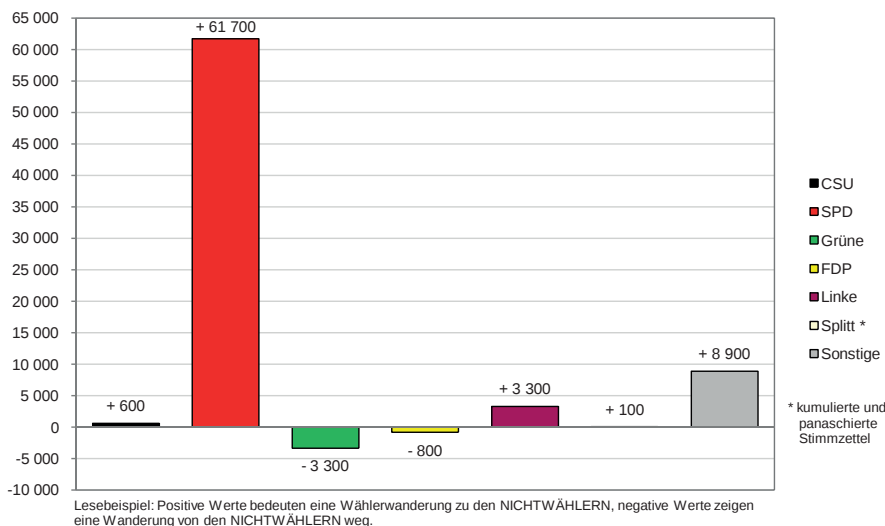
Wählersalden aus Sicht der Parteien - Vorläufiges Endergebnis

Nur unverändert abgegebene Stimmen

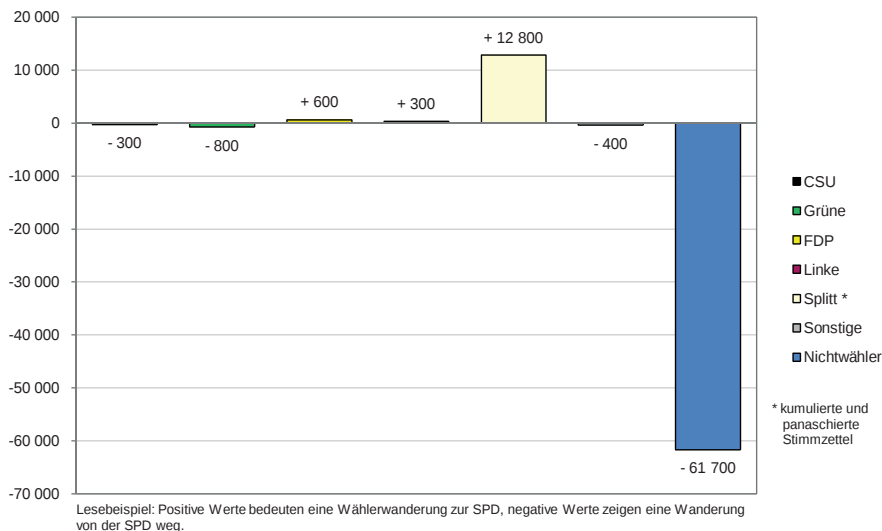
Aus Sicht der LINKEN



Aus Sicht der NICHTWÄHLER



Aus Sicht der SPD



Bitte beachten:

Bei der Stadtratswahl liegt der Wählerwanderungsanalyse das vorläufige Ergebnis der unverändert abgegebenen Stimmen zugrunde.

Um die Wahlbeteiligung nicht künstlich herabzusetzen (bedingt durch die nicht ausgezählten Stimmzettel), werden in der vorliegenden Analyse Wahlentscheidungen, bei denen nicht nur eine Liste gewählt wurde, zusammengefasst in der Gruppe „SPLITT“. D.h. „SPLITT“ steht für Wahlentscheidungen vor Wählerinnen und Wählern, die mehrere Stimmen auf eine Kandidatin/ einen Kandidaten vergeben haben (kumulierte Stimmen) oder auf Kandidatinnen/ Kandidaten verschiedener Listen verteilt haben (panaschierte Stimmen).

für die Beteiligten an den Selbstverwaltungsvorgängen erschließen, müssen verarbeitet werden, damit sie ihren Weg ins Publikum finden können. Überwiegt das Interesse am Aufbau von Blockadepotentialen genügt es, Befürchtungen zu wecken. Geht es um die Werbung für Alternativen, muss man das Problem umfassend bewerten und eine mehrheitsfähige Lösung suchen. Das wiederum geht nicht ohne Spezialisierung und Arbeitsteilung. So entsteht in der zerklüfteten Landschaft der konkurrierenden kleinen Gruppierungen ein Bedürfnis nach Zusammenarbeit, und man sieht auf kommunaler Ebene oft auf den ersten Blick verwunderliche Kooperationsverhältnisse entstehen.

Die Situation der Linken

Die Münchner Linke hat eines von drei Mandaten verloren. Ihre Verluste gehen zur Hälfte an die Nichtwähler, zu anderen Hälfte an die „Anderen“, am wahrscheinlichsten an die Piraten sowie an die Bürgerinitiativenliste HUT (sobald Untersuchungen des Stimmsplittings verfügbar sind, wird sich dazu Genaueres sagen lassen).

Die „Verluste an Andere“: Dass es den Piraten und auch der HUT gelang, über die in Bayern hohe Unterschriftenhürde zu nehmen, kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die Linke als Adresse für die Ansprüche auf diesen Bereichen nicht wahrgenommen wurde. Das ist seltsam, weil die Linke im Stadtrat in dieser Hinsicht durchaus kooperativ und aktiv gewesen ist. Wahr ist allerdings auch, dass sich nach der Vereinigung von PDS und WASG in München die neugebildete Partei durchaus sträubte, die von der PDS geübte Linie der „Offenen Liste“ fortzusetzen. Die Liste wurde nach Strömungsproporz gebildet. Die drei Gewählten haben so nicht gearbeitet, aber eine Wiederbelebung der Idee der „Offenen Liste“ ist erst gegen Ende der Amtszeit aufgekommen, und auch da durchaus halbherzig; am Ende stellte die Ortspartei eine Liste auf, die den in Sachen Hartz IV engagierten Parteiteil von aussichtsreichen Plätzen verdrängte. Irgendwie konsequent zwingt das Wahlergebnis nun zur Korrektur dieses Fehlers: Gruppen im Münchner Stadtrat brauchen, um bei der Besetzung von Stadtratsausschüssen mitarbeiten zu können, mindestens drei Mandate. Die Linke hat nur noch zwei. Sie ist somit zur Kooperation über die Parteigrenzen hinaus gezwungen und wird diesen Weg auch einschlagen.

Viel schwieriger ist die Bereinigung des zweiten Defektes, der sich in den Verlusten an die Nichtwähler zeigt. Diese Verluste sind – nach einer ersten Durchsicht der Daten – massiert in den Stadtgebieten aufgetreten, in denen die Wahlbeteiligung sowieso schon nied-

Wählerwanderungen bei den Stadtratswahlen 2008 und 2014 in München

(berechnet nach der eiPack- Methode (Multinomial-Dirichlet-Modell nach Rosen et al. in der r-Implementierung von Lau et al.))

Vorläufiges Endergebnis - Nur unverändert abgegebene Stimmen

2008 haben ...% der Wahlberechtigten ... gewählt	2014 haben ...% der Wahlberechtigten ... gewählt								
	CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Splitt *	Sonstige	Nichtwähler	insgesamt
CSU	77,6%	2,0%	1,2%	0,7%	0,6%	8,0%	8,5%	1,3%	100,0%
SPD	1,7%	45,5%	1,0%	0,5%	0,5%	41,8%	7,0%	2,0%	100,0%
Grüne	1,6%	2,0%	74,0%	1,3%	1,3%	1,5%	11,0%	7,2%	100,0%
FDP	9,5%	5,3%	13,5%	23,9%	1,5%	2,2%	20,6%	23,6%	100,0%
Linke	3,1%	7,3%	4,0%	1,6%	21,9%	30,5%	5,9%	25,6%	100,0%
Splitt *	1,5%	0,7%	0,7%	0,2%	0,2%	89,5%	6,6%	0,5%	100,0%
Sonstige	11,2%	18,1%	6,9%	0,6%	0,6%	28,5%	25,5%	8,7%	100,0%
Nichtwähler	2,9%	8,3%	2,6%	1,2%	1,6%	34,7%	4,7%	44,1%	100,0%

Lesbeispiel: 77,6% der CSU-Wähler von 2008 haben 2014 wieder die CSU gewählt. 2,0% der CSU-Wähler von 2008 haben 2014 ihre Stimme der SPD gegeben. 1,7% der SPD-Wähler von 2008 haben bei der Stadtratswahl 2014 die CSU gewählt.

© Statistisches Amt München

* Bitte beachten:

Bei der Stadtratswahl liegt der Wählerwanderungsanalyse das vorläufige Ergebnis der unverändert abgegebenen Stimmen zugrunde.

Um die Wahlbeteiligung nicht künstlich herabzusetzen (bedingt durch die nicht ausgezählten Stimmzettel), werden in der vorliegenden Analyse Wahlentscheidungen, bei denen nicht nur eine Liste gewählt wurde, zusammengefasst in der Gruppe „SPLITT“. D.h. „SPLITT“ steht für Wahlentscheidungen von Wählerinnen und Wählern, die mehrere Stimmen auf eine Kandidatin/ einen Kandidaten vergeben haben (kumulierte Stimmen) oder auf Kandidatinnen/ Kandidaten verschiedener Listen verteilt haben (panaschierte Stimmen).

rig und die Dichte der sozialen Probleme eher hoch ist. Zur Gründungszeiten der Linken konzentrierten sich die Hoffnungen vieler Menschen in diesen Gebieten auf die neue Partei. Davon ist nur noch wenig übrig.

Die Linke hat auch in diesem Wahlkampf erfahren müssen, dass die Bekundung fürsorglicher Absichten nicht reicht, um die politische Kommunikation mit Menschen in bedrängter Lebenslage zu entwickeln.

Während die Linke hoffen darf, dass harte Arbeit am Informationsfluss zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft vorhandene Kooperationsansätze zwischen Parteien und Gruppierungen stärken und den Nutzen der Partei für zivilgesellschaftliche Bewegungen belegen wird, ist nicht anzunehmen, dass sich auf diesem Wege eine politische Mobilisierung von sozial und kulturelle Bedrohten ergeben wird. Zivilgesellschaftliches Engagement braucht Kraft, Geld und Zeit. Wo diese Ressourcen knapp sind, braucht es Entgegenkommen. Eine Möglichkeit bestünde darin, die begonnene Zusammenarbeit mit Einrichtungen zur Selbsthilfe, zur Arbeit im sozialen Auftrag und zur Hilfe für Menschen in bedrängten Lebenslagen zu intensivieren, auch um herausfinden, was nach Ansicht der Betroffenen gebraucht wird.

Fazit

Im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung entsteht dauerhaft ein breiter Fächer von politischen Grup-

pierungen. Wege der Partizipation und wirksamer Abstimmungen bewirken, dass solche Kleingruppierungen nicht machtlos sind. Anscheinend liegt gerade in dem geringen Eigengewicht ein Reiz für ihre Wählerinnen und Wähler, denn der Einfluss sozialer Netzwerke ist dementsprechend stärker. In der jetzt gegebenen breiten Aufstellung liegt, von den Wählern aus gesehen, die Chance, dass in der kommunale Selbstverwaltung Anliegen der Bürger eher Fürsprecher finden und Informationen aus der Verwaltung leichter ihren Weg in die Öffentlichkeit finden. Die verbleibenden großen Parteien sollten in dieser Situation nicht versuchen, mit Verfahren der Fraktionsdisziplin unbequeme Anforderungen aufzublenken, unangenehme Wahrheiten unter Verschluss zu halten, und die kleinen Gruppierungen möglichst kalt zu stellen.

Dieser Aufsatz kann nicht beendet werden, ohne darauf einzugehen, dass die NPD-Tarnliste BIA ihre Mandat verteidigen konnte und beinahe sogar noch ein weiteres rechtsextremes Mandat der islamophoben Gruppierung „Die Freiheit“ dazu gekommen wäre. Tatsächliche Fortschritte bei der Verwirklichung und Garantie der Menschen- und Bürgerrechte – sozial, politisch und kulturell – für alle Menschen, die in der Stadt leben, dafür gibt es Kooperationsmöglichkeiten, in der zivilen Gesellschaft und mit den politischen Parteien und Gruppierungen.

Martin Fochler

Aus dem Kurzprogramm der Linken Baden-Württemberg zur Kommunalwahl am 25. Mai

Soziale Ideen stärken!

Gehen Sie am 25. Mai 2014 wählen. Wählen Sie Die Linke in das Rathaus, in den Kreistag und nach Europa.

Die Linke steht für eine gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums und mehr Geld aus Steuermitteln für die Kommunen. Statt der Gewerbesteuer brauchen wir eine Gemeindefortschrittssteuer, die auch gutverdienende Selbstständige einbezieht. Und wir brauchen eine Millionärsteuer, um die Superreichen an der Finanzierung von Gemeinschafts- investitionen zu beteiligen.

Mieten und Strom bezahlbar für alle. Strom- und Wasserwerke gehören in kommunale Hand und müssen für alle bezahlbare Preise anbieten. Städte und Kommunen müssen mit öffentlichen Wohnungsbeständen und sozialem Wohnungsbau Profithaie vom Markt drängen und die Mietpreisentwicklung nach oben stoppen.

Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen. Der Verkauf von öffentlichem Eigentum an private Investoren führt immer zu Preissteigerungen, zu weniger Einnahmen der Städte und Gemeinden und entzieht diese Bereiche der demokratischen Kontrolle – das lehnen wir ab.

Respekt und gute Löhne in Pflege und Gesundheit. Krankenhäuser in der Fläche erhalten. (...)

Kitas und Schulesen kostenfrei. (...)

Sozialticket einführen – Bus und Bahn ausbauen. Die Benutzung von Bus und Bahn muss allen möglich gemacht werden, weil Mobilität für das Berufsleben und soziale Teilhabe wichtig ist. (...)

Vielfalt statt Verbote und Überwachung. Kameraüberwachung, Verdrängung von Jugendlichen und armen Menschen aus den Innenstädten lehnen wir ab. (...)

Mitbestimmung, Transparenz und Bürgerentscheide statt Klüngelei. Die BürgerInnen sollen in kommunale Entscheidungen eingebunden werden. Wichtige Entscheidungen müssen transparent gemacht werden. Bei wichtigen Sachfragen fordern wir Bürgerentscheide. Das Kommunalwahlrecht muss für alle EinwohnerInnen gelten.

Hilfe für Flüchtlinge statt Hetze und Rassismus. Flüchtlinge müssen menschlich aufgenommen und in ordentlichen Wohnungen untergebracht werden. Menschen in Not brauchen unsere Solidarität. (...)

Mehr linke Politik in Rathäuser und Kreistag.

Machen Sie mit bei den Linken und unterstützen Sie uns vor Ort.

Die Linke Baden-Württemberg

Inhalt

Aktuell

Gefährliche Fehler in der Ukraine-Politik von EU und BRD

2

Im Kalten Krieg verlieren wir alle
Spaltung Europas muss verhindert wer-
den
Krim: Die Drohkulisse steht. Aber wer
sind die eigentlichen Konfliktparteien?
Und inwieweit ist der Kern des Konflikts
noch bestimmbar?

Die neoliberal-konservative serbische Fort- schrittspartei gewinnt weit mehr als die abso- lute Mehrheit der Mandate

4

Kommunalwahl in der Türkei: Spannender Aus- gang erwartet

6

Kurdische Kantone in Syrien – ein Modell für die Region

7

Auslandsnachrichten

8

Bahnbeschäftigte vor dem
EU-Parlament • EU stärkt Rechte von
Saisonarbeitern • Belgien: Erfolgreicher
Streik gegen Sonntagsarbeit bei Aldi •
Georgien: Busfahrer/innen streiken •
Ägypten: Cargill attackiert Arbeitneh-
merrechte • Ägypten: Mindestlohn-
Streik beim Mahalla-Konzern • Mexiko:
Neuer Gewerkschaftsbund gegründet •
Korea: ITF verurteilt Behandlung Bahn-
beschäftigter • China: IBM-Arbeiter
streiken

Aktionen ... Initiativen

10

Offener Brief zum Hochschulzukunft-
gesetz NRW • Demos in sieben Landes-
hauptstädten für echte Energiewende
• Geschlechtergerechtigkeit bleibt
Herausforderung – auch für die Bundes-
regierung • Kindergeld: Paritätischer
wirft Schäuble familienpolitische Igno-
ranz vor • Rundfunkbeitrag: Behinderte
Menschen haben das Nachsehen •
„Sofortiger Rüstungsexportstopp auch
in die Ukraine!“ • Sichere Abschiebe-
staaten für Roma oder: staatlicher Anti-
ziganismus?

Ford-Fiesta weiterhin in Köln?!

12

Mannheim: Brand in U 5 mit drei getöteten Kindern

13

Bochum: Mehr Transparenz bei den Aufsichtsräten

15

Eschweiler beschließt Stromsozialtarif:
Eschweiler. • Behelfsunterkünfte in
Turnhallen und Schulen verhindern:
Essen. • Das Sozialticket gibt es von
Anfang 2015 an: Stuttgart. • München
Pass: Kreis der Berechtigten ausweiten.
München. • Koalitionszusagen zur kom-
munalen Entlastung: Erst versprechen
und dann brechen? • Deutschland
muss beim Breitbandausbau zulegen

Verdi: Die Schere schließen

17

IG Metall zum TTIP: Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA

18

Wirtschaftspresse

19

Parteien müssen sich auf Kooperation mit Wählergruppen einstellen

20

München: Nach 20 Jahren verliert Rot-
Grün-Rosa die Stadtratsmehrheit

20

Linke BaWü: Soziale Ideen stärken!

23

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 29./30. März 2014 in Mannheim

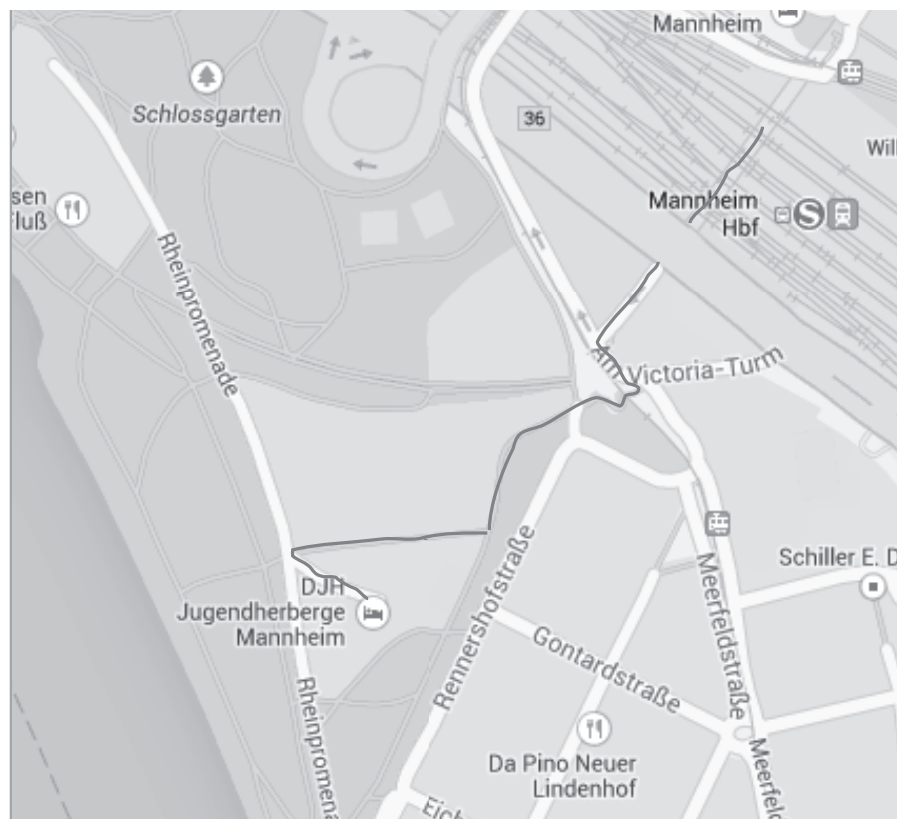
Samstag, 29. März

13 Uhr Einlass, Registrierung
13.15 Uhr Eröffnung, Organisatorisches
13.30–14.30 Uhr Vereinsangelegenheiten: Berichte des Vorstands, Wahlen zum
Vorstand, Haushaltsbericht 2013 und Haushaltsbeschluss 2014
bis 15 Uhr: Kaffeepause
15 bis 18 Uhr: öffentliche Veranstaltung zum Thema: **Ziele und Bedingungen
für eine europäische Sozialunion – aktuelle Aufgaben und An-
satzpunkte im Kampf um soziale Mindeststandards in der EU.** Re-
ferentin: Karola Boger, Mitarbeiterin der Fraktion GUE/NGL im
Europaparlament für den Beschäftigungs- und Sozialausschuss

Sonntag, 30. März

9 bis 12 Uhr: in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demo-
kratie Soziale Befreiung der Linken) öffentliche Veranstaltung
zum Thema: **Außenbeziehungen der EU – Wirtschaftliche Ver-
flechtung, EU-Grenzregime, EU-Außenpolitik im östlichen Eu-
ropa. Was kann linke Politik auf diesem Feld leisten?** Referent:
Mirko Messner, Bundessprecher der KPÖ. (In Österreich hat sich
zur Europawahl ein Wahlbündnis von KPÖ, Piraten und „Der
Wandel“, gebildet, das unter dem Namen „Europa anders“ bei
den EU-Wahlen antreten wird.)

Die Tagung und eventuelle Übernachtungen finden in der Jugendherberge Mann-
heim statt. Die Jugendherberge liegt sehr verkehrsgünstig zum Hauptbahnhof
(wenige Minuten zu Fuß, siehe Skizze).



Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 17. April 2014.

Redaktionsschluss: Freitag, 11. April.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2014:

14. Mai, 12. Juni, 10. Juli, 31. Juli, 11. Sept., 9. Okt., 6. Nov., 4. Dez.